Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.30 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchtenfeldstr. 14. Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchtenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag, 8. Januar 1932 | 12. Jahrgang Nr. 6

Brüning – Hitler – Wels

Hitlers Empfang bei Brüning und Groener – Neue Kandidatur Hindenburgs gesichert – SPD in der Hindenburg-Hitler-Front

(Eig. Meldung.) Berlin, 8. Januar.

Auf Wunsch des Reichskanzlers Brüning und des Reichswehr- und Innenministers Groener, der am Dienstagabend Hitler telegraphisch nach Berlin bat, hat gestern zwischen Brüning, Groener und Hitler eine Aussprache stattgefunden, die sich um innen- und außenpolitische Fragen drehte. Hauptsächlich bewegten sich die Besprechungen um den Vorschlag einer neuen Kandidatur des Reichspräsidenten Hindenburg, dessen Amtstätigkeit in diesem Frühjahr abläuft.

Angesichts der Tatsache, daß Hitler sehr ergebene Neujahrsglückwünsche an Hindenburg gesandt hat, rechnet man damit, daß die Hakenkreuzler einer Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs zustimmen.

Daß die Sozialdemokraten sich hier auf einer Plattform mit den Hakenkreuzlern bewegen, beweist die in Köln erscheinende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" des berüchtigten Sollmann, die sich ausdrücklich für die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs einsetzt mit den Worten: „Wir halten es für selbstverständlich, daß ein solcher Versuch gemacht werden muß, wenn der Reichspräsident sich bereit erklärt, einem solchen Rufe der Volksvertretung Folge zu leisten."

Brüning und Groener haben durch ihre gestrige Unterredung mit Hitler nur die Konsequenz daraus gezogen, daß die NSDAP sich als getreuer Fridolin, als Adjutant der Notverordnungsherrschaft bewährt hat. Denn wo Hakenkreuz-Minister regierten, wie in Braunschweig, da erheben sie alle Steuern der Notverordnung, da führen sie jeden Lohn- und Gehaltsabbau durch den die Reichsregierung wünscht. Und wo die Nazis noch nicht in den ersehnten Regierungssesseln sitzen, da machen sie die schmutzige Sache des Streikbruchs zur ihrigen und suchen durch organisierte Mordüberfälle auf klassenbewußte Arbeiter die einzige, wirkliche Front gegen die Notverordnungen der Brüning-Regierung zu lähmen.

Daß der Vorsitzende der Partei, die das bestialische Borbeimer Regierungsprogramm, das Programm der tausendfachen Todesstrafe für die Werktätigen, entworfen hat, daß dieser Adolf Hitler bei Brüning und Groener zu Gast ist, ist ein schlagender Beweis für die immer stärkere Faschisierung des kapitalistischen Regiments in Deutschland.

Hitler hat sein Einverständnis mit der Wiederwahl Hindenburgs erklärt. Nun, so wenig Ernst mit jemals das Geschrei der Hakenkreuzpresse gegen Hindenburg genommen haben, so soll denn doch gerade vor den werktätigen Anhängern der Nazis darauf hingewiesen werden, daß Hindenburg der Mann ist, der den Young-Plan unterschrieb, daß seine Notverordnung in die deutschen Lande hinausgegangen ist, ohne von Hindenburg unterzeichnet worden zu sein.

Hindenburg, der Marschall-Präsident, ist der Repräsentant des Systems der Young-Zahlungen und der Notverordnungen. Hitlers Weg zur „Verständigung" mit dem „System" illustriert das niedrige Knechtschaftsverhältnis, in dem die Hitler, Goebbels, Strasser, Wagner, Feder und ihre Partei zur kapitalistischen Klasse stehen.

Dieses Knechtschaftsverhältnis bezieht sich nicht nur — wir haben das wiederholt nachgewiesen — auf die innenpolitischen, sondern auch auf alle außenpolitischen Fragen. Die Einheitsfront zu Hindenburgs Wiederwahl soll gleichzeitig zur Einheitsfront für die in den nächsten Wochen stattfindende Reparationskonferenz werden.

Das ist der mehr oder minder offen ausgesprochene Zweck der Unterredung mit Hitler, der weitere mit den deutschnationalen und den sozialdemokratischen Führern folgen werden. Die fürchterliche kapitalistische Krise macht es auf die Dauer unmöglich, die Profitbedürfnisse der deutschen Bourgeoisie und die Tributgelüste der ausländischen Imperialisten gleichzeitig auf Kosten des schaffenden Volkes zu befriedigen. Diese Tatsache will man deutscherseits auf der kommenden Reparationskonferenz in die Forderung kleiden, die politischen Tribute vorläufig einzustellen.

Dabei ist sich dieselbe Einheitsfront, die für die Wiederwahl Hindenburgs von den Hakenkreuzlern bis zu den Sozialdemokraten reicht, auch darin einig, daß die von der deutschen Bourgeoisie aufgenommenen Privatanleihen auf Heller und Pfennig bezahlt werden. Und diese sogenannten Privatschulden, deren Zinsenzahlung allein jährlich 2 bis 3 Milliarden Mark aus den Knochen des werktätigen Volkes erfordert — sie treffen das werktätige Volk noch schwerer als die politischen Tribute.

Sollmann in der „Rheinischen Zeitung" und mit ihm die ganze SPD-Führung sind mit Hitler einig für Hindenburg. Die SPD-Führung ist mit Hitler und Brüning einig in der Bejahung und Durchführung der das Volk schwer niederdrückenden Notverordnungen. Die SPD-Führung ist mit Hitler einig in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus auf der kommenden Reparationskonferenz, einig in den von den Proleten zu leistenden Milliardenzahlungen.

Von Hitler bis Wels reicht die Front, die den Frieden der Kapitalisten dadurch sichern will, daß sie den Arbeiter mit seinen erbittertsten Feinden in eine Einheitsfront bringen will. Die schändliche Rolle der Streikbruchdurchführung und -organisierung durch die SPD ist nur der klarste Ausdruck für die Tätigkeit der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsführer in der Notverordnungseinheitsfront der Hitler und Brüning.

Die werktätigen Massen Deutschlands stehen vor schweren Entscheidungen.

Aber Karl Liebknechts Losungen gegen den Burgfrieden stehen als Leitstern über unserer Politik, die die Politik aller Ausgebeuteten in Deutschland ist. Diese und vor allem die SPD-Arbeiter fordern mir auf, gegen die nationale Einheitsfront mit uns die proletarische Einheitsfront zu schließen. Dann wird die kapitalistisch-faschistische Einheitsfront geschlagen, dann werden die Fahnen Lenins und Karl Liebknechts über dem befreiten arbeitenden Volke Deutschlands wehen.

Es lebe der brüderliche, gemeinsame Kampf aller Arbeiter gegen die Feinde der Arbeiterklasse!

Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan

WTB Tokio, 8. Januar. Auf den Kaiser von Japan wurde während seiner Rückfahrt von einer militärischen Parade eine Bombe geworfen. Die Bombe platzte neben einem Wagen, der hinter dem des Kaisers fuhr. Es wurde niemand verletzt. Der Täter, ein Koreaner, wurde sofort verhaftet. Er hatte eine zweite Bombe in der Tasche.

Achtung, Bitterfelder Proleten!

Heraus zur Massenversammlung am Sonnabend, dem 9. Januar 1932, 20 Uhr, im Lokal „Naumanns Konzert- und Festhaus" in Bitterfeld. Thema:

„Rote Einheit gegen Lohn- und Unterstützungs-Massenelend und Faschismus!"

Lohnabbau durch Streik abgewehrt

Streikwelle ebbt nicht ab — Lügenhetze der kapitalistischen und SPD-Presse widerlegt

Hagen. Ein Teil der im Hagen-Schwelmer Gebiet in den Streik getretenen Metallbelegschaften hat bereits Teilerfolge, zum großen Teil die Herabsetzung des notverordneten Lohnabbaus bis zur Hälfte errungen. So konnten die Belegschaften der Betriebe Hasenclever und Sohn, Ruhberg & Rehmer, August Heßmer, Eisen-Stahlwerk Prinzhaus einen bedeutenden Teil ihrer Forderungen durchsetzen, woraufhin die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Die Betriebe Böker & Röhr und Bacmin in Hohenlimburg stehen noch weiter im Kampf.

Durch Streik erkämpfte sich die Belegschaft der Firma Kraut & Menenberg in Wuppertal (70 Mann Belegschaft) die Zurücknahme des angekündigten 15prozentigen Lohnabzugs für die Akkordarbeiter. Der 15prozentige Abzug für die Lohnarbeiter wurde gekürzt auf 5—10 Prozent. Der Unternehmer mußte nach eintägigem Streik vor der Belegschaft kapitulieren. Eine versuchte Maßregelung eines Streikführers mußte unter dem Druck der Belegschaft zurückgenommen werden.

Als die Belegschaft der Bischwagenfabrik Lauterberg nach fünftägigem Ausstehen am 5. Januar zur Arbeit erschien, wurde ihr durch Anschlag bekanntgegeben, daß die Löhne um 15 bis 20 Prozent abgebaut worden sind. Eine Betriebsversammlung wurde sofort nach vor Aufnahme der Arbeit einberufen. In dieser Versammlung wurde der Streik beschlossen. Die Direktion hat daraufhin den Lohnraubanschlag zurückgenommen, so daß die Arbeit am 6. Januar wieder aufgenommen wurde.

In der Berliner Textilhandelsgesellschaft Ohnstein & Matthaeus verpflichtete sich der Unternehmer in einem von ihm unterzeichneten Revers, in seinem Betrieb den Lohnabbau durch Notverordnung nicht vorzunehmen. Die Belegschaft hatte beschlossen, andernfalls die Arbeit niederzulegen.

Die Belegschaft der Abteilung Schweißerei der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, die vorgestern in den Streik getreten ist, beschloß heute, trotz Verhaftung von drei Betriebsfunktionären, den Streik geschlossen fortzuführen. Vom Arbeitsamt wurden zahlreiche Erwerbslose zur Streikbrucharbeit vermittelt, diese lehnten jedoch die Aufnahme der Arbeit ab.

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 7. Januar.

Gestern hat die gesamte Belegschaft der Norddeutschen Kohle- und Kokswerke in Stärke von 220 Mann die Arbeit niedergelegt. Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau von 14 Prozent und wird gegen den Willen der Gewerkschaften und des reformistischen Betriebsrates von der RGO geführt. Zirka 20 Streikbrecher wurden unter starker polizeilicher Bewachung in den Betrieb gebracht.

(Eig. Drahtm.) Neuß, 8. Januar.

Die Belegschaft der Firma Oelmühle Brandt hat heute den gestern abend gefaßten Streikbeschluß geschlossen in die Tat umgesetzt.

Die Front der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter

Der Gesang der „Internationale" vor dem Direktionszimmer

Halle, 7. Januar.

Gestern fand eine sehr stark besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Sie stand im Zeichen der verstärkten Organisierung des gemeinsamen Arbeitens der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern. Nach einem mit starkem Beifall aufgenommenen grundsätzlichen Referat des Genossen Karl Gutjahr sprach in der Diskussion ein Betriebsarbeiter der Engelhardt-Brauerei.

Der Kollege schilderte die Lage im Betrieb und erklärte, daß die Belegschaft bis Donnerstag mittag der Werksleitung ein Ultimatum gestellt habe, den Lohnabbau nicht durchzuführen. Es besteht ein aus Freigewerkschaftlern und RGO-Mitgliedern zusammengesetzter Kampfausschuß, der diese ultimativen Forderungen gestellt hat.

Während der Verhandlungen kam es im Betrieb zu Demonstrationen vor dem Direktionszimmer, ununterbrochen erklangen die Kampflieder des Proletariats. Es ist mit dem Ausbruch des Streiks am heutigen Tage zu rechnen.

Dieser Bericht rief große Begeisterung in der Versammlung hervor. Es wurde ein Appell angenommen, in dem es heißt:

„Die Erwerbslosen begrüßen die Aktivität der Betriebsarbeiter und werden ihren Kampf mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Sie fordern insbesondere die Metallarbeiter von Halle auf, dem Beispiel der Arbeiter der Engelhardt-Brauerei zu folgen."

Die gemeinsame Front der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter ist im Wachsen!

„Barrikaden errichtet ..."

Was die bürgerliche Presse über Erwerbslosenkämpfe

(Eig. Drahtm.) Homberg, 7. Januar.

Gestern nachmittag kam es in Homberg (Niederrhein) zu Erwerbslosendemonstrationen und schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Nach bürgerlichen Meldungen sollen mit Hilfe von gefällten Bäumen Barrikaden errichtet worden sein, von denen aus die Polizei beschossen wurde. Weiter behauptet die bürgerliche Presse, daß gegen ein Ueberfallkommando eine primitive Bombe geworfen worden sei. Diese Meldungen sind natürlich mit Vorsicht aufzunehmen.

Die Stadt Dresden hat erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, die Januarzinsen für die kurzfristigen Inlandsschulden bereitzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0001

Die Kette des Streikbruchs

Halle, 8. Januar.

In Mitteldeutschland, in Berlin, an der Ruhr und an der Wasserkante in Oberschlesien und vielen anderen Gegenden des Reiches haben zahllose Betriebe und Betriebsabteilungen, in denen der Lohnabbau auf Grund der Brüningschen Notverordnung in Kraft treten sollte, durch den Streik gegen diesen Lohnabbau gekämpft. Unzählig sind die Betriebe, wo es zu Protestversammlungen innerhalb der Arbeitszeit kam. In den Chemie-Großbetrieben Bitterfeld demonstrierten sogar Abteilungen im Werke, um andere Abteilungen von der Notwendigkeit des Streiks zu überzeugen. Verschiedene Betriebe im übrigen Reiche kämpfen zur Stunde noch zähe weiter. Zahlreiche Kämpfe sind bereits erfolgreich gewesen. Täglich treffen neue Streikmeldungen ein.

Die ganze kapitalistische Welt ist mit einem Schlage mobilisiert. In einer Einheitsfront stehen die Nazis, die Unternehmer, die Sozialfaschisten und deren linke Ableger von Seydewitz bis Brandler, um die „Pleite der Streiks" unter revolutionärer Führung täglich festzustellen. Aber schon muß die mitteldeutsche Unternehmerpresse zugeben, daß man mit solchen Lügen die politische Bedeutung dieser zahlreichen Teilbewegungen nicht mehr totschweigen kann. „Sie sind doch ernsterer Natur" — so ist die bürgerliche Journaille gezwungen zu schreiben.

Die Agenten des Kapitals in den Reihen der Arbeiterklasse, die sozialdemokratischen Streikbruchführer, müssen zugeben: „Es grenzt geradezu an Wunderbare", daß der Streikbruch noch einmal gelang! Noch einmal! Aber wer garantiert der Bourgeoisie, wann das nächste Mal da sein wird. Das nächste Mal, wo die Kette des Streikbruchs versagt! Nicht die bis an die Zähne bewaffnete Werkspolizei, nicht die Motorspritzen der Betriebsfeuerwehr, nicht die Teno-Garde der Ingenieure, Techniker und Werkstudenten ist es, die die Ausdehnung der Streikbewegung hindert. Nein, es ist vor allem der Teil der Kette der Tolerierungspolitiker, die versuchen, das Proletariat an das „letzte Glied" dieser Kette festzuschmieden, um so jene Einheitsfront zu schaffen, die der deutsche Kapitalismus gerade im jetzigen Augenblick notwendiger denn je braucht. Je mehr wir uns dem „letzten Glied" der Kette nähern, um so raffinierter werden die Methoden, die von den „linken" Agenten der Bourgeoisie angewandt werden.

Der Brandlerismus, der genau wie die „linken" Betrüger Sendewitz und Rosenfeld von der sogenannten „Sozialistischen Arbeiterpartei" vor den „Experimenten" des sofortigen Kampfes gegen den Lohnabbau warnt, ist in den mitteldeutschen Chemie-, Metall- und Eisenbahnbetrieben schwer diskreditiert. Wie tief diese Diskreditierung geht, das bemeist die völlige Isolierung von Bassüner und Lehmann auf der Betriebsrätekonferenz des ADGB in Wittenberg, das bemeist die schwere Abfuhr, die sich der Renegat Michaelis vor einigen Tagen in der Belegschaftsversammlung der DCF in Eilenburg geholt hat. Aber die brandlerischen Verräter lassen nichts unversucht, um das Gift des faulen Opportunismus in dem Augenblick, wo die Erbitterung und Empörung in den Betrieben über den Lohnabbau schon beginnt in Kampfhandlungen umzuschlagen, auch weiterhin unter die Arbeitermassen zu leiten. Wenn in jener Sitzung der ADGB-Betriebsfunktionäre in Wittenberg der Brandlerist Bode den Versuch unternahm, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, wenn bei dem Zustandekommen eines zentralen Kampfausschusses für das Industriegebiet Wittenberg die Gefahr besteht, daß die Brandleristen hier die Führung übernehmen, dann bedeutet das, daß kein Kampf ausgelöst wird. In einem Flugblatt des Bode, das vorgestern in der Waiag in Reinsdorf verteilt wurde, kommt das ganz deutlich zum Ausdruck. Neben radikalen Redensarten kommt zum Schluß die Ablehnung der RGO. Bode kann, wie alle Brandleristen zwar heute den empörten Kampfwillen der Arbeiter schon nicht mehr ignorieren. Es gelingt diesen linken Streikbruchagenten schon nicht mehr, die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den Kollegen der RGO durch eine offene Hetze zu trennen und auseinanderzureißen, sie müssen es jetzt geschickter anfangen.

Es gilt für die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Führung hier wo die Kette reißt, hier wo die Fragen der Tolerierung mit den unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterschaft zusammenstoßen im Kampfe gegen die täglichen Angriffe der Unternehmer, im Kampfe für die revolutionäre Gewerkschaftstaktik, diese verräterische Filiale der sozialfaschistischen Streikbruchführer, das brandlerische Renegatengrüppchen, schonungslos aufzureiben. Aber hier entstehen Hemmungen, die bis in unsere eigenen Reihen hineinreichen.

Wäre dem nicht so, dann könnten nicht Stimmungen in den Betrieben laut werden, wie zum Beispiel bei den Eisenbahnern, bei den Hallischen Straßenbahnern und auch anderswo, wo parteilose und sozialdemokratische Arbeiter verzweifelt feststellen, daß niemand da ist, der sie in ihrem Kampfe führt. Wäre dem nicht so, dann könnte in den Hallischen Metallbetrieben, in denen der brandlerische Einfluß noch besonders deutlich zum Ausdruck kommt, die Einheitsfrontbewegung nicht so wenig entwickelt sein.

Der Einheitsappell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, der den Arbeitern der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften den gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern der Kommunistischen Partei, der RGO und der Unorganisierten für die dringendsten Lebensforderungen vorschlug, ist noch nicht genügend in die Betriebe eingedrungen. Deswegen müssen die Kommunisten und die Anhänger der RGO noch im Verlauf der jetzigen Kämpfe in schärfster Selbstkritik überprüfen, ob sie durch ihr persönliches Auftreten im Betrieb wirklich ein revolutionäres Vorbild für ihre Kollegen waren, ob sie wirklich immer in brüderlicher Ueberzeugung die Schaffung der roten Einheitsfront von unten gefordert haben und ob sie wirklich immer klar und scharf gegen jene letzte Kette des Streikbruchs und der Tolerierung, gegen die Brandleristen, den Kampf geführt haben.

Die Entschließung der Betriebskonferenz des ADGB in Wittenberg zeigt, daß die RGO als die einzige Organisation, die gewillt ist, einen Kampf zu führen, von den gewerkschaftlichen Funktionären anerkannt wird. Aber das Vorhandensein des Brandlerismus in den Betrieben signalisiert die Gefahr, daß die günstigen Momente für die sich anbahnende rote Einheitsfront, von diesen linken Filialleitern des Sozialfaschismus wieder zerstört wurden. Wir haben die Aufgabe, hier rücksichtslos die Kette der Streikbruchfront zu zerbrechen und im Sinne des Einheitsappells des Zentralkomitees der KPD die rote Einheitsfront kameradschaftlich, ehrlich und brüderlich mit allen verzweifelnden und empörten Proletariern herzustellen.

Weihnachtsburgfrieden in Köln verlängert

Sämtliche kommunistische Versammlungen im Regierungsbezirk Köln verboten

Unter Hinweis auf die Streikbewegung hat der Kölner Regierungspräsident sämtliche kommunistischen Versammlungen für den Kölner Regierungsbezirk bis auf weiteres verboten.

Diese unerhörte Maßnahme zeigt den Kurs der Preußen-Regierung. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands muß gegen die Unterdrückung der kommunistischen Bewegung schärfsten

Die Sozialdemokratie für neuen Abbau der Sozialversicherung

Im Reichsarbeitsministerium wird zur Zeit eine Vorlage über den Abau aller Leistungen der Sozialversicherung ausgearbeitet. Der „Vorwärts" vom 6. Januar äußert sich im zustimmenden Sinne zu dem geplanten neuen Abbau. Er erklärt u. a. wörtlich:

„Was die Notverordnung auf dem Gebiet der Sozialversicherung brachte, war nur ein Notbehelf für den Augenblick. Auch die Frage der Sanierung der Invalidenversicherung, die besonders brennend ist, steht noch offen."

Der „Vorwärts" erklärt dann, daß die Erledigung der Vorlage auf dem „normalen gesetzgeberischen Weg" unmöglich sei, womit er dazu ermuntert, den Abbau durch eine neue Notverordnung vorzunehmen. Der „Vorwärts" wünscht nur, daß „den unmittelbar interessierten Kreisen die Möglichkeit gegeben würde, noch vor der Gestaltung der eigentlichen Regierungsvorlage ein Wörtlein mitzusprechen". Es kommt den SPD-Führern in erster Linie darauf an, daß sie bei der Vergebung der Verwaltungskosten nicht zu kurz kommen.

Ueber die Regierungspläne schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" am 5. Januar folgendes:

„Die letzte Notverordnung hat nur eine kleine Abschlagszahlung gebracht, indem sie gewisse Fürsorgeleistungen der Rentenversicherung und den Bezug von Doppelrenten beseitigte. Vielleicht 100 Millionen Mark dürften im besten Falle dadurch erspart werden — bei einem Fehlbetrag, der für das Jahr 1930 auf 210 Millionen und für das Jahr 1931 auf 265 Millionen Mark amtlich geschätzt worden ist.

Auch ohne die unmittelbare Sorge vor einem finanziellen Zusammenbruch hätten die Renten, die auf einem höheren Lohn- und Preisstand entstanden waren, dem Deflationsprozeß anpaßt und herabgesetzt werden müssen."

In der Folge führt die „DAZ" dann aus, daß bei allen Versicherungsarten, insbesondere bei der Angestelltenversicherung, die noch namhafte Mittel aufzuweisen hat, abgebaut werden müsse.

Wenn der Abbau durch die letzte Notverordnung von der „DAZ" als „eine kleine Abschlagszahlung" bezeichnet wird, so kann man daran ermessen, welch ein einschneidender Abbau geplant wird.

Die notleidenden Arbeitslosen, die Kranken, alle Sozialrentner sehen heute klarer als je, wie die SPD-Führer gerade die Treiber bei dem ununterbrochenen Abbau der sozialen Unterstützungen sind. Auch die Nazi-Führer triumphieren, denn sie haben ja schon längst den vollständigen Abbau der Sozialversicherung gefordert.

Von allen Parteien kämpft allein die Kommunistische Partei gegen den Abbau der sozialen Unterstützungen. Alle, die gegen die Abbaupolitik kämpfen wollen, müssen sich daher einreihen in die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer — die „Eckpfeiler" der Brüning-Regierung

In einem Artikel, der durch die meisten SPD-Blätter geht, rühmen sich die SPD-Führer, daß sie die Gegenwehr der Arbeiter gegen den Lohnabbau am wirkungsvollsten geschwächt haben. Dabei wird die Front der Gewerkschaftsbürokratie als die „Front der eisernen Nerven" bezeichnet. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Diese Front ist bei den der Regierung nahestehenden christlichen Gewerkschaften der sicherste, wenn nicht der einzige Eckpfeiler einer Regierung, die Ordnung und Wiederaufstieg erstrebt, genannt worden."

Die sozialdemokratischen Führer rühmen sich also selbst, daß sie der Eckpfeiler der Brüning-Regierung sind. Sie sind in der Tat die Hauptstützen des Systems der Notverordnungen, des Lohnabbaus und des Abbaus der sozialen Leistungen. Nachdem sie sich mit der Parole der „eisernen Front" bereits fürchterlich blamiert haben, sprechen sie jetzt von der „Front der eisernen Nerven". Allerdings, insofern haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eiserne Nerven, als sie höhnisch mit ansehen können, wie den Arbeitern der Lohn immer mehr gesenkt wird und den Unterstützungsempfängern die kärglichen Pfennige zum Lebensunterhalt immer mehr gekürzt werden.

Das Zentralkomitee der KPD hat in einem Appell an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften den SPD-Arbeitern zugerufen:

„Von diesen SPD-Führern, die die Hauptstütze der Brüning-Groener-Diktatur bilden, und jederzeit auf der Seite der Kapitalistenklasse stehen, trennt euch, sozialdemokratische Arbeiter, ein Klassengegensatz. Mit uns der Kommunistischen Partei, seid ihr aber verbunden im gemeinsamen Kampf unserer Klasse. Die Kommunistische Partei wendet sich an euch, Arbeiter der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, darüber hinaus an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, mit dem Appell zum gemeinsamen Kampf in der roten Einheitsfront gegen den Kapitalismus, gegen den Faschismus."

Arbeiter, folgt diesem Appell! Reiht euch ein in die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei!

Kampfbundleitung Belbert verhaftet

Am 6. Januar wurde die gesamte Leitung des „Kampfbundes gegen den Faschismus" wegen der Unruhen vor den Betrieben verhaftet.

Zeitungsstreik bei Ullstein

Unter Führung der RGO — „BZ am Mittag" und „Tempo" erscheinen nicht

(Eig. Meldung.) **Berlin**, 7. Januar.

Heute haben im großen Zeitungsbetrieb Ullstein in der Abteilung „BZ am Mittag" die graphischen Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Verlag Ullstein gab darüber folgende Mitteilung heraus:

„Infolge eines wilden Streiks eines Teiles unserer Hilfsarbeiter konnte die heutige Nummer der „BZ am Mittag" nicht gedruckt werden.

Obwohl innerhalb des Buchdruckgewerbes eine tarifliche Vereinbarung mit allen beteiligten Gewerkschaften über die Lohnherabsetzung auf Grund der Notverordnung erfolgt ist, stellten die Hilfsarbeiter in unserem Betriebe unter kommunistischem Einfluß heute morgen die ultimative Forderung, von dem durch die Notverordnung vorgeschriebenen Lohnabbau Abstand zu nehmen, widrigenfalls sie die Arbeit nicht aufnehmen würden.

Die Kommunistische Partei hat bekanntlich gegen die Gewerkschaften die Parole ausgegeben, jeden Lohnabzug auf Grund der Notverordnung durch Streik zu beantworten.

Infolge dieser Parole haben die Hilfsarbeiter unter Bruch des Tarifvertrages die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich also um eine rein politische Bewegung, die gegen die Gewerkschaften sowie gegen die Parteien gerichtet ist, die die Politik der Regierung unterstützen."

Die „BZ am Mittag" ist heute in der Tat nicht erschienen. Die Rotationsdrucker haben sich geweigert, die Arbeit der Hilfsarbeiter zu übernehmen.

Auch das „Tempo", das Nachmittagsblatt des Ullsteinverlages konnte infolge des Streiks erst verspätet erscheinen.

Die Firma hat beim Arbeitsnachweis 55 Hilfsarbeiter angefordert, die sich aber restlos weigerten, die Arbeit der Streikenden zu übernehmen.

Der Streik richtet sich gegen den von der Direktion und den Gewerkschaften vereinbarten Lohnabbau von 12,7 Prozent. Heute früh waren in der Nähe der Druckerei starke Polizeikräfte zusammengezogen.

Aus SPD-Proleten werden Kommunisten

München, 6. Januar. (Eig. Bericht.) Die letzte Notverordnung hat in der SPD-Ortsgruppe Heilbronn (Bayern) eine derartige Empörung ausgelöst, daß ein großer Teil der Ortsgruppe die SPD verließ und eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei gründete.

Bremen, 6. Januar. (Eig. Bericht.) Die Arbeiter John Fischer und Heinz Sebbes, beide Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei seit 1907, sowie der Arbeiter Karl Tangmann, SPD-Mitglied seit 1931, haben mit der Erklärung, in der SPD kein Platz mehr für ehrliche Klassenkämpfer sei, die Wels-Partei verlassen und sind in die Kommunistische Partei eingetreten.

Essen 6. Januar. (Eig. Bericht.) Im Bezirk Ruhrgebiet sind sechs sozialdemokratische Betriebsräte der Eisenbahnbetriebe zur revolutionären Gewerkschaftsopposition übergetreten.

Die sozialfaschistische Presse zum Uebertritt des SAP-Führers Schmidt, Zeitz

Der „Volksbote" und das „Volksblatt" haben, wie das nicht anders zu erwarten war, in der bei ihnen üblichen Art von dem Uebertritt ihres ehemaligen Parteigenossen Fritz Schmidt zur Kommunistischen Partei Kenntnis genommen. Aber ihre wilde Schimpferei verbirgt nur schlecht die Wirkung dieses Schrittes des Genossen Schmidt auf die sozialdemokratischen Arbeiter und die paar Arbeiteranhänger der SPD. Seite. Wir werden auf die blöden Schreibereien der Sozialfaschisten nicht antworten. Wir sind es schon gewöhnt, daß man uns drücke, wie „skrupellose Verbrecher" und ähnliches, aus dem Munde des Schimpfboldes Bergholz uns gegenüber verwendet werden. Wir lassen die sozialfaschistischen Köter bellen und werden unbeirrt und sicher gewiß den Weg der Bildung der roten Einheitsfront und Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter weitermarschieren.

Protestdemonstration in der Bremer Wollkämmerei

Lohnabbau mit Zustimmung des SPD-Betriebsrates

In der Bremer Wollkämmerei hat die Betriebsleitung eine Bekanntmachung herausgehängt, in der diktatorisch bestimmt wird: „Ab 1. Januar 1932 werden laut Notverordnung die bisherigen Löhne um 15 Prozent gesenkt". **Diese Bekanntmachung neben der Unterschrift des Direktors die des sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden Scholz.** Am 5. Januar führte die Belegschaft eine Protestaktion im Betriebe durch, in der der Kampf ausgerufen wurde. In einer Belegschaftsversammlung sollen entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Das Verhalten des sozialdemokratischen Betriebsrats Scholz hat unter den Arbeitern eine grenzenlose Empörung ausgelöst.

Oberschlesische Bergkumpels im Streik

Hindenburg, 7. Januar. Gestern vormittag trat die Belegschaft der Sosnitza-Grube in den Streik. Zwei Funktionäre der RGO wurden von der Direktion entlassen. Auf der Concordia-Grube und auf der Königin-Luise-Grube ist Teil der Belegschaft nicht eingefahren.

In Michowitz fand eine öffentliche Belegschaftsversammlung der Preußen-Grube statt, die einstimmig eine Entschließung für einen Lohnabbau annahm. Ein Diskussionsredner, der zum Streik aufgefordert hatte, wurde aus dem Saal heraus verhaftet.

IG-Farben entläßt Angestellte

In Ludwigshafen, Frankfurt und Leverkusen 2000 Angestellte

In der letzten Betriebsausschuß-Sitzung in Leverkusen erklärte das Vorstandsmitglied der IG-Farben-Industrie, Direktor Krekeler, daß bei der Firma mindestens 2000 Angestellte überflüssig seien. Man müsse sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß 2000 Tintenfässer geschlossen werden müssen.

Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied Sparre unterstützte die Ausführungen des Direktors und verlangte, daß „unter den Angestellten endlich aufgeräumt" wird.

Auch die Angestellten müssen gemeinsam mit den Arbeitern den Kampf gegen den kapitalistischen Wahnsinn der ununterbrochenen Massenentlassungen führen.

Der rumänische Finanzminister, der bei den italienischen und französischen Imperialisten Geld pumpen will, ist von Rom nach Paris abgereist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0002

Macht die Betriebe zu unseren Festungen!

Rede des Genossen Kostanjan auf der Tagung des Zentralrats der RGI.

Genosse Kostanjan, Sekretär der Roten Gewerkschafts-Internationale, sprach auf der Sitzung des Zentralrates der RGI. in der Diskussion zum Referat des Genossen Losowski über die Hauptprobleme der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in der jetzigen Situation.

(Inpr.) Die Vorbereitung der Arbeiterklasse zu den kommenden entscheidenden Kämpfen ist die wichtigste Aufgabe der RGI. und der Arbeiterbewegung als Ganzes — sagte Genosse Kostanjan — und betonte die Aufgabe, die von den bisherigen RGI.-Kongressen gestellt wurde: die Organisierung der wirtschaftlichen Massenkämpfe und die Festigung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

Damit ist das Problem der Arbeit in den Betrieben und die Umstellung der Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung auf dieser Basis verbunden. Das ist das Problem, das wir auf dieser Session breit aufrollen müssen. Noch haben die RGI.-Sektionen diese Frage bis auf den heutigen Tag nicht zu lösen vermocht. Genosse Kostanjan spricht über die Erfahrungen der bolschewistischen Arbeit in den Betrieben und stellt fest, daß diese Erfahrungen auch von der Gewerkschaftsorganisationen verwertet werden müssen und daß man die Mehrheit der Arbeiterklasse nur erobern kann, wenn man den Betrieb zur revolutionären Festung des Proletariats gemacht hat. Daß es in dieser Frage keine prinzipiellen Gegensätze gibt, ist noch keine praktische Lösung der Frage. Noch ist in der praktischen Durchführung dieser Lösung ein Opportunismus vorhanden, man will nicht recht darangehen, und oft macht man den ungeschickten Versuch, diese Lösung durch papierne Direktiven durchzuführen. In der Stellungnahme zur Arbeit in den Betrieben machen sich immer noch die reformistischen Traditionen geltend. In Deutschland gibt es über 4000 Betriebsgruppen in verschiedenen Industriezweigen, die Erfolge auf dem Gebiet der Umstellung auf Betriebsbasis sind nicht zu verkennen, aber es ist die Meinung des Genossen Kostanjan, daß es in der Arbeit in den Betrieben noch Ordnung zu machen gilt.

Die CGTU. Frankreichs vermochte bisher nur in einigen Industriezweigen eine gewisse Umstellung herbeizuführen, selbst in Paris bestehen in 585 großen und mittleren Betrieben der Metallindustrie nur zwanzig Betriebssektionen. Auf 101 Großbetriebe kommen 13 Betriebssektionen, auf 513 Textilbetriebe nur 13 Sektionen. In England ist die Frage der Umstellung noch nicht auf der Tagesordnung.

Die Mängel in der Arbeit der Betriebsgruppen sind: seltene Versammlungen, geringe Einbeziehung der Arbeiter, unausgebildete Leitungen, ein Unvermögen, die täglichen Bedürfnisse der Arbeiter zu vertreten, seltenes Erscheinen der Betriebszeitungen und geringe Mitarbeit der Massen an denselben. Genosse Kostanjan illustriert diese Ausführungen durch praktische Beispiele aus der Arbeit der Sektionen verschiedener Länder, und manche Beispiele zeugen von einer geringen Arbeit unserer Kader in den Betrieben, von einer Angst vor dem Kampf, von Zugeständnissen an den Unternehmer. Demgegenüber konstatiert der Redner verschiedene Fälle einer verständnisvollen Organisierung des Kampfes und einer Festigung unserer Reihen auf dieser Basis („Rotator" in Berlin, Stahlgießerei in Dortmund, Leunawerk in Mitteldeutschland, Renault-Werke in Frankreich).

Die Sektionen legen keine genügende Aktivität an den Tag, ihr Unvermögen, auf die lebenswichtigen Bedürfnisse der Arbeiter in den Betrieben zu reagieren, der Unzufriedenheit der Massen die Führung zu geben, die politischen Führer und Organisatoren der Wirtschaftskämpfe zu sein, ist noch groß.

Als Hauptaufgabe der Gruppen und Sektionen aller Länder in den Betrieben betont Genosse Kostanjan die Notwendigkeit der Organisierung wirtschaftlicher Teilkämpfe auf der Basis des Kampfes um die unmittelbaren Forderungen und die Mobilisierung der Massen zu einem breiten Streikkampf, je mehr sich diese Teilkämpfe entwickeln.

Der Redner betont ganz besonders die Notwendigkeit einer Einbeziehung der in den reformistischen und sonstigen reaktionären Verbänden organisierten Arbeiter in die breite Einheitsfront, er betont ferner die Methoden, die die Fühlungnahme unserer Gruppen mit der übrigen Arbeitermasse fordern, und beweist die Notwendigkeit, die Verhältnisse im Betrieb genau zu kennen.

Besonders großes Gewicht legt Genosse Kostanjan auf die Gewerkschaftsdemokratie, die Formen der Unterstützung der Unterorgane der Gewerkschaften, die Kaderfrage, die Erfassung und Schulung der Kader.

Mit der Frage der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften, die bei uns bisher zu den größten Schwächen zählt, über die Verstärkung der Arbeit in unseren Verbänden und den Kampf gegen die opportunistische Streikangst als Hauptgefahr schließt Genosse Kostanjan den Hauptteil seiner Rede.

Er spricht außerdem über die Bedingungen des Aufbaues roter Verbände in Deutschland und über die Notwendigkeit einer verstärkten Arbeit in den bereits vorhandenen roten Verbänden. Ferner betont Genosse Kostanjan die Notwendigkeit einer entschlossenen Umstellung der CGTU. Frankreichs und schließt seine Rede, indem er der französischen Sektion wünscht, demnächst wieder an einer der ersten Stellen in den Reihen der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen zu können.

Amerikanische Bombenflieger über China

Japan setzt seinen Vormarsch nach Peking und nach Süden fort

Mukden, 7. Januar. Die Japaner setzen ihren Vormarsch nach Süden fort und haben bereits die Stadt Hulutau südlich von Kintschau besetzt. Eine japanische Vorhut hat schon Schanhaikwan erreicht.

Die auf Hawaii stationierte amerikanische Luftflotte veranstaltet Manöver, die sie bereits über mandschurischem Gebiet als Demonstration gegen Japan durchgeführt hat.

Die Zeitungen in Amerika und Japan sind voll von Kriegsdrohungen. So schreibt z. B. die „New York Evening Post", daß „der Angriff Japans in seiner Art an die Hinterlist und Schlauheit der früheren Lenker des japanischen Reiches erinnert. Die Bombardierung Tschintschaus ist ein barbarischer Akt, den man mit der Bombardierung der englischen Stadt Scarborough durch die Deutschen am Anfang des Weltkrieges vergleichen kann".

Die japanische Zeitung „Nihon" schreibt: „Ob wir es wollen Chinesen an, ohne eine diplomatische Lösung der Frage abzuwarten, ohne eine Ultimatum zu stellen, wie beispielsweise Oesterreich nach dem Zwischenfall in Sarajewo an Serbien stellte. Ohne Warnung griffen die Japaner im Schutze der Nacht die chinesischen Kasernen an, besetzten das Arsenal in Mukden und sandten Abteilungen zur Besetzung anderer größerer Städte in die Mandschurei hinaus. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für einen derartigen plötzlichen Angriff auf die chinesischen Städte."

Die japanische Zeitung „Rikon" schreibt: „Ob wir es wollen oder nicht, wir stehen vor einem zweiten Weltkrieg am Stillen Ozean... Die Vereinigten Staaten haben sich bisher in Worten gegen Japan gewandt, jetzt aber unterstreichen sie diese Worte durch die Abhaltung ihres Flottenmanövers."

Tokio, 6. Januar. In Osaka ist es zu scharfen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei gekommen. Die Arbeiter veranstalteten eine Kundgebung gegen den Raubzug in der Mandschurei und führten im Zuge Aufschriften mit kommunistischen Losungen mit sich. 32 Arbeiter wurden verletzt.

Kriegszustand in Charbin

Mukden, 7. Januar. Ueber Charbin wurde der Kriegszustand verhängt. Die weißgardistischen sowjetfeindlichen Elemente setzen ihre Provokationen fort, um die Imperialisten zu veranlassen, das Gebiet der Ostchinabahn militärisch zu besetzen.

Die japanischen Arbeiter gegen den Raubzug der Imperialisten

Schanghai, 6. Januar. Die japanischen Behörden nahmen in der Provinz Kirin Massenverhaftungen von koreanischen und chinesischen Arbeitern und Bauern vor wegen Verdachtes kommunistischer Tätigkeit. Viele wurden ohne Gerichtsverhandlung erschossen und ihre Wohnstätten eingeäschert.

Politische Massenstreiks in Indien

Bombay, 6. Januar. Die englischen Truppen in Indien haben in allen Großstädten Militärparaden in den dichtbevölkerten Vierteln abgehalten. Die Erregung der indischen Massen ist durch diese Provokationen noch mehr gestiegen.

In zahlreichen Städten erklärten die Textilarbeiter den politischen Massenstreik.

In Beueres kam es zu blutigen Zusammenstößen. Die Polizei gab 14 Salven ab, durch die zwei Personen getötet wurden. Die Polizei wurde mit Steinen bemorfen. In Cawnpur durchzogen Kinder die Stadt und verkündeten mit Trommelschlag den Streik. In allen anderen Städten kam es zu Demonstrationen und kleinen Zusammenstößen.

Bisher wurden 500 Kongreßorganisationen aufgelöst und tausende Verhaftungen vorgenommen. Auf dem Gebäude des Nationalkongresses in Bombay wurde der Union Jack gehißt.

In Basel fand eine Demonstration gegen den geplanten Lohnraub an den Bekleidungs- und Lederarbeitern statt, an der sich tausend Personen beteiligten.

In Argentinien kam es bei La Paz zu einem Kampf mit Aufständischen, bei dem Maschinengewehre und Bombenflieger eingesetzt wurden.

Streiksieg der 6000 Autoarbeiter in Paris

Paris, 7. Januar. Die Lohnbewegung der 6000 Arbeiter des Automobilfabrik Renault hat zu einem ersten Erfolge geführt. Die Betriebsleitung sah sich gezwungen, auf die sofortige Durchführung des vorgesehenen 10prozentigen Lohnabbaus zu verzichten. In verschiedenen Abteilungen wagte sie überhaupt nicht, den Lohnraub anzukündigen. Renault versucht jetzt, die Löhne indirekt durch neue Rationalisierungsmethoden herabzusetzen. Die Aktion der Renault-Arbeiter geht weiter.

Als Antwort auf die Unternehmerdrohung, die Löhne im nordfranzösischen Kohlenrevier des Departements Pas de Calais hat die Einheitsgewerkschaft der Bergarbeiter für den 7. Januar eine große Einheitskonferenz einberufen zur Schaffung der Einheitsfront ohne Unterschied der Nationalität.

A. SCHARRER

Der große Betrug

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

(26. Fortsetzung)

Dann jedoch entschied er:

„Wer weiß, was wird, wenn wir uns weiter auf das Wohnungsamt verlassen. Faß an! Wir nehmen gleich etwas mit. Ueberlaß mir das andere. Du läßt Dich von diesen Brüdern zu leicht hinreißen."

Herr Bradtke schaute mürrisch von seiner Leiter herunter, als Clemens und Albert mit Möbelteilen in das Zimmer traten. „Mein Gott, haben Sie denn nicht gehört, was ich Ihnen gesagt hat.? — Lassen Sie die Sachen draußen, sonst hole ich die Polizei!" Er schrie, daß die Leute vor der offenen Tür stehen blieben.

Clemens wandte sich an die vor der Tür stehenden Mieter und zeigte diesen den Schein vom Wohnungsamt. „Der Herr sucht offenbar Krach, um einen Grund für eine sofortige Räumungsklage zu haben. Sind Sie nicht auch der Meinung, daß diese Wohnung bis auf weiteres dem gehört, dem sie überwiesen wurde?"

„Allerdings!" sagte einer, und die anderen nickten zustimmend.

Herr Bradtke stieg von der Leiter herunter, warf Hammer und Zange auf den Fußboden und musterte Clemens. Sein grauer Spitzbart, seine Riesenglatze und sein schwarzumränderter Kneifer auf seiner erdbeerfarbenen Nase gaben diesem Feldwebelgesicht etwas unausdenkbar Lächerliches.

„Wer sind Sie denn, junger Mann?" schrie er. — „Ich fordere Sie auf, sofort mein Haus zu verlassen!"

„Sie haben gar nichts zu fordern! Wenn Sie nicht sofort verschwinden, fliegen Sie die Treppe hinunter." Clemens war kurz vor Bradtke hingetreten, und dieser war plötzlich wie umgewandelt. „Ein Ringkämpfer bin ich nicht, Herr", sagte er. „Dazu müssen Sie sich schon andere Leute aussuchen." Er sagte das hohnlächelnd, schlich um den Tisch herum, zur Tür hinaus. Als er die Treppe hinunterlief, brummte er noch etwas von „keinen Franken Anstand".

Bis Bradtke sich entschloß, die begonnene Renovierung zu Ende zu führen, vergingen weitere drei Wochen. Und er wurde — in Betracht der Schwierigkeit der Materialbeschaffung — lediglich dazu verleitet, die Löcher in der Wand zu verspachteln und die Wände anstreichen zu lassen. Margot hatte vier Wochen reinzumachen und die Möbel von einer Stube in die andere zu schleppen.

Was sie erhoffte, trat nicht ein, obgleich ihre Wünsche recht bescheiden waren. Eine warme Küche, eine saubere Stube, einen Topf schmackhaften Essens, ein wenig Freude an der Freude, die sie andern bereiten konnte. Selbst als Albert wieder Arbeit bekam, wurde es nicht besser.

Er drehte bei der Firma Bergmann in Rosenthal wieder „Langholz", wie er Motorenmessen, arbeitete wieder Schicht, fuhr wieder eine Stunde mit der Bahn. Aber mit der sinkenden Mark sank der Lohn, trotz aller „Zulagen".

★

„Wenn man nicht selbst was anschafft, kann man verhungern", sagte Frau Wanselow von vier Treppen. „Schwer ist es ja auch, aber was soll man machen?"

„Kaufen Sie außerhalb!" erkundigte sich Margot.

„Ich gehe Kartoffeln stoppeln. Zum Kaufen reicht's bei uns auch nicht."

„Stoppeln?" — — —

Margot stieg mit Frau Wanselow in die Wriezener Bahn. Sie fuhren bis Werneuchen und gingen dann nach einem größeren Gut, nach eineinhalb Stunden weiter, als der Strom der „Stoppler", der sich dicht hinter den ersten Dörfern auf die abgeernteten Kartoffelfelder stürzte. „Die kleinen Bauern", sagte die Wanselow, „graben mit dem Kreil. Da bleiben nicht viel drin. Man rennt den ganzen Tag von einem Acker zum andern. Es sind ja zu viele. Ist gleich alles leergeharkt. Da bezahl' ich lieber die Mark Stoppelgeld und weiß, ich habe Kartoffeln."

Frau Wanselow war jünger als Margot, mager, aber zähe, noch nicht so ausgeblutet. Sie war um vier Uhr nachmittags fertig, und half Margot noch. Sie trug fast einen Zeniner. Margot hatte die Hälfte.

Als Margot ihre vierzig Pfund vor der Haustür hatte, zitterten ihr die Füße so stark, daß sie absetzen mußte. Frau Wanselow klopfte oben, und Hilde kam und trug die Kartoffeln hinauf, Margot schleppte sich mühsam am Geländer hoch und sank erschöpft auf einen Stuhl.

Eine Stunde Bahnfahrt, eineinhalb Stunden Weg, sechs Stunden mit gekrümmtem Rücken stehen und in dem ausgeernteten Acker nach zurückgebliebenen Kartoffeln graben, dann den Weg zurück: Das war zuviel für sie.

Sie hörte, daß in der Küche gesprochen wurde und fragte, wer da sei.

„Kümmel!" antwortete Hilde und zog Margot die schmutzigen Schuhe und Strümpfe von den Füßen.

„Diktatur bedeutet immer Vergewaltigung! Bedeutet immer, daß ein Teil des Volkes zu Staatsbürgern zweiter Klasse erniedrigt wird", hörte sie jetzt. „Wer für Gleichberechtigung ist, muß für die Demokratie sein."

Margot ging mit Hilde in die Küche. Kümmel saß am Küchentisch. Albert rüstete zur dritten Schicht.

„Kommst ja so spät", sagte er. „Ich wollte Dich abholen, aber ich wußte nicht, wann Du kommst. Ich muß bald gehen."

Kümmel hob prüfend den Rucksack. „Das laß ich mir gefallen", lobte er und sah Margot respektvoll an. „Deine Frau ist unbezahlbar, Albert. Die hast Du gar nicht verdient."

„Habt Ihr Heringe bekommen?" fragt Margot. „Dann setz schnell Kartoffeln auf, Hilde, daß Vater noch essen kann."

„Nein", sagte Hilde. „Als Herbert aus der Schule kam, war schon überall ausverkauft. Und in der Stadt habe ich auch keine bekommen. Ist ja nichts zu haben, und was zu haben ist, kann man nicht bezahlen."

„Wo ist denn Herbert?"

„Er steht an nach Wurstsuppe."

Herbert kam nach einigen Minuten und brachte einen Liter Wurstsuppe. Albert verschlang eilig einen Teller Brühe mit Kartoffeln und ging zur Nachtschicht. Kümmel ging mit ihm zusammen fort.

★

Am anderen Morgen um sieben Uhr klopfte Frau Wanselow. Hilde öffnete.

„Ist Mutter fertig?"

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Ueberall in Europa Sturm und Hochwasserkatastrophen

Werden die Dämme halten?

Nächtliche Rettungsarbeiten — Zahlreiche Schiffe in Seenot — Mehrere Todesopfer

Berlin, 7. Januar. Aus allen Teilen Europas laufen stündlich Alarmmeldungen von verheerenden Sturm- und Hochwasserkatastrophen ein. Unermeßlich ist überall der Schaden. Zahlreiches Vieh ist umgekommen. Ja, aus einigen Gegenden werden sogar Opfer an Menschenleben gemeldet. Wie immer im kapitalistischen System leiden unter dieser Naturkatastrophe am meisten die Aermsten der Armen.

Wie hier im Harz, so überall unterspülte Bahndämme.

Dessau im Alarmzustand

In Deutschland ist besonders die Umgebung von Dessau heimgesucht worden. Noch immer sind Tausende von Hilfskräften bemüht, ein Vordringen der Wassermassen zu verhindern. An der Wasserkante ist angesichts des Orkans, der mit unverminderter Stärke anhält, die Sturmflutgefahr gestiegen, und das Unwetter über dem Kanal hat zu zahlreichen Schiffsunfällen geführt. Ununterbrochen werden SOS-Rufe verunglückter Dampfer aufgefangen, ohne daß es angesichts des Sturmes möglich ist, den Schiffen Hilfe zu bringen.

Rettungsarbeit im Scheinwerferlicht

In Bitterfeld ist das ganze Gebiet der Mulde-Niederung weithin eine einzige Wasserfläche. Häuser und Fabriken stehen mehr oder weniger hoch in den vom Sturm gepeitschten Fluten. Zahlreiche Orte sind bis auf Meterhöhe vom Wasser bedeckt. Der gesamte Verkehr ist unterbrochen. Der Schaden, den das Hochwasser anrichtete, ist unübersehbar.

Die Hilfsmannschaften arbeiteten auch die ganze Nacht über im Scheinwerferlicht weiter, da die Gefahr noch immer nicht gebannt ist. In Dessau ist der Promenadenwald überflutet, so daß die Häuser der Wasserstadt unter Wasser stehen. Es ist noch nicht gelungen, die Durchbruchstelle bei Rezau zu schließen. Die Truppen aus Dessau und Zerbst beschränken sich darauf, die übrigen gefährdeten Dammstädte durch Aufwerfen von Notdämmen zu schützen.

Sturmflut in Schleswig-Holstein

Hamburg, 7. Januar. Im Laufe des Mittwochabend sind an der ganzen Wasserkante wiederum stürmische Südwestwinde aufgetreten, die in den späten Abendstunden die Stärke sieben (15 Sekundenmeter) erreichten. Der Sturm trägt erhebliche Wassermengen in die Elbmündung, so daß bei der nächsten Flut, am Donnerstag früh gegen 4 Uhr, mit einem erhöhten Wasserstande von etwa ¾ Meter über Normal gerechnet wird. Für die schleswig-holsteinische Westküste hat der öffentliche Wetterdienst eine Sturmflutwarnung erlassen, da hier schon bald nach Mitternacht ein erhöhter Wasserstand von etwa 1½ Meter über Normal zu erwarten ist.

Der heftige und von starken Böen begleitete Sturm hat auf der Elbe einen Schiffsunfall verursacht, dessen Einzelheiten noch nicht geklärt werden konnten. In der Nähe des Mühlenberger Loches, unterhalb Finkenwärder, am Südufer des Fahrwassers der Elbe, ist ein von der Unterelbe kommender Motorsegler bei dem hohen Wellengang in Seenot geraten und untergegangen. Von der Besatzung hat man nichts mehr entdeckt. Es bleibt die Möglichkeit, daß es ihr gelungen ist, sich mit dem Beiboot an Land zu retten, jedoch befürchtet man, daß sie infolge des Sturmes das Land nicht mehr erreichte und den Tod in den Wellen fand.

Lawinen und Hochwasser in Tirol

Innsbruck, 7. Januar. Das Föhnwetter hat in den Nordtiroler Alpen die Lawinen- und Hochwassergefahr bedeutend erhöht. Am Patscherkofel bei Innsbruck ereignete sich gestern ein schweres Lawinenunglück. Als sich die Teilnehmer zur Hütte begaben, brach ein Schneebrett los, das eine 400 Meter lange Lawine auslöste. Fünf Skifahrer wurden von den Schneemassen in die Tiefe gerissen. Vier konnten sich selbst befreien; der fünfte, der Bankbeamte Hohenegger aus Innsbruck, blieb unter den Schneemassen. Erst nach drei Stunden konnte er schwer verletzt von einer Rettungsexpedition geborgen werden. In lebensgefährlichem Zustand wurde er in ein Innsbrucker Krankenhaus übergeführt.

Aus verschiedenen Teilen von Tirol wird Hochwasser gemeldet. So ist im Zillertal der Finsing aus den Ufern getreten. Das Wasser hat den Bahndamm unterspült, so daß die Geleise in der Luft hängen. Auch aus der Gegend des Walchensees bei Kufstein wird Hochwasser gemeldet.

In England ...

London, 7. Januar. Ueber England und dem Kanal wütete am Mittwoch ein ungeheures Sturmwetter, das in vielen Landesteilen mit heftigen Regenfällen verbunden war und teilweise großen Schaden anrichtete. Die Windstärke bei den Scilly-Inseln betrug über 150 Stundenkilometer. Ueber dem Kanal herrschte eine durchschnittliche Windstärke von 90 bis 100 Stundenkilometern. In Westen und Norden Englands sind viele Flüsse über ihre Ufer getreten, so daß ganze Dörfer und weite Strecken Landes unter Wasser gesetzt wurden. In Schottland sind viele Schafe in den Fluten ertrunken. In Südwales wurden die Eisenbahnverbindungen teilweise unterbrochen. In London selbst zerschmetterte der Sturm die Fensterscheiben verschiedener Läden in der City und riß das Baugerüst eines Neubaues um. In Birmingham wurden Bäume entwurzelt und starke Laternen wie Streichhölzer umgeknickt.

... und in Frankreich

Paris, 7. Januar. Die französische Nordküste wird seit 24 Stunden von einem orkanartigen Sturm heimgesucht, der der Schiffahrt großen Schaden zufügt. Das Auslaufen des großen Dampfers „Paris" aus Le Havre mußte wegen des Unwetters verschoben werden. Der Küstenverkehr ist vollkommen lahmgelegt. In Lorient wurden SOS-Rufe eines großen französischen Frachtdampfers aufgefangen, der sich auf offener See befindet. Auch in Brest wütete der Sturm mit ungeheurer Gewalt. Der englische Dampfer „Jersey City" hat einen SOS-Ruf ausgesandt und gemeldet, daß er mit einer Maschinenhavarie zehn Meilen von Leuchtturm Bishop-Rock entfernt hilflos umhertreibe.

Opfer des Grubenunglücks in Beuthen noch nicht geborgen

Rettungsarbeiten auf Tod und Leben

Neuer Gebirgsschlag im Katastrophenstollen — Beinahe neues Unglück

Beuthen, 7. Januar. Obwohl kein Zweifel mehr besteht, daß die in 770 Meter Tiefe verschütteten vierzehn Kumpels der Karsten-Zentrum-Grube nicht mehr am Leben sind, waren die Kameraden der Eingeschlossenen auch in der Nacht zum Donnerstag über ohne Ruhe und Rast tätig, um zum Katastrophenort vorzudringen. Bis Donnerstag nachmittag ist es ihnen allerdings noch nicht gelungen.

Am Mittwoch hätte leicht ein neues Unglück über die Rettungsmannschaft hereinbrechen können. Während der Rettungsarbeiten brach plötzlich ein Stück der neu vorgetriebenen und gesicherten Strecke zusammen. Die Kolonne

Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen

hatte kurz vorher ein Knacken und Knirschen gehört sowie einen starken Luftzug wahrgenommen. Sie eilte sofort aus der neugebauten Strecke heraus, und im gleichen Augenblick ertönte ein gewaltiger Schlag.

Als sich der aufgewirbelte Staub verzogen und man die durch den Luftdruck gelöschten Lampen wieder entzündet hatte, stellte sich heraus, daß die neue Strecke durch diesen Gebirgsschlag in einer Länge von sieben Meter zusammengebrochen war. Angesichts der soeben überwundenen Todesgefahr nahm die Belegschaft doch unmittelbar darauf die Aufräumungsarbeiten wieder auf.

Vor dem Tor der Katastrophengrube spielen sich nach wie vor herzzerreißende Szenen ab. Die seit vielen Stunden harrenden Frauen wollen einfach die Hoffnung nicht aufgeben, daß ihre Männer nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Wettbewerb „Palast der Sowjets"

Bereits 155 Projekte in Moskau eingetroffen

Die neue „Moskauer Rundschau" meldet: Es sind bisher 155 Projekte eingetroffen. Etwas über 100 kamen aus Moskau allein, 30 aus anderen Städten der Sowjetunion und etwa 15 aus dem Ausland, davon mehr als die Hälfte aus Deutschland. Die Beteiligung ausländischer Architekten ist auffallend klein und die wenigen Projekte sind von sehr verschiedenem Niveau.

Immer noch kommen indes neue hinzu und die Arbeiten der Architekten Le Corbusier, Gropius, Poelzig, Urban u. a., die von seiten der Sowjetunion zum Wettbewerb aufgefordert wurden und die man mit großer Spannung erwartet, sind bisher noch nicht eingetroffen. Sie werden die Mannigfaltigkeit noch erhöhen, die jetzt schon so groß ist, wie man sie kaum irgendwo anders bei einem ähnlichen Wettbewerb antreffen dürfte.

Verzweifelter Kampf mit einem Wildschwein

Ein ungewöhnliches Erlebnis hatte der Arbeiter Otto Meyer, der im Walde bei Lomitz (Neumark) Holz geschlagen hatte. Er begegnete einem etwa zwei Zentner schweren Wildschwein, das ihn angriff und ihm mit einem kräftigen Hieb die Hose zerriß und das rechte Bein verletzte. Einige Holzarbeiter, die ihm zu Hilfe kamen, warfen dem Angegriffenen eine Axt zu, mit der Meyer sich des wütenden Tieres erwehrte und es durch einen wohlgezielten Schlag gegen den Kopf zur Strecke bringen konnte.

Selbstmord nach der Entlassung

Wegen fristloser Entlassung aus seiner Arbeitsstellung hat der 60 Jahre alte Buchhalter Karl Meyer aus Belzig Selbstmord verübt. Meyer war 20 Jahre lang bei der Schloßbrauerei in Wiesenburg tätig.

Siemßens Leiche gefunden

Mord, Selbstmord oder Unglücksfall?

Grabow, 7. Januar. Am Mittwochnachmittag wurde das Rätsel um das Verschwinden des Zugführers Rudolf Siemßen aus Hamburg-Rotenburgsort durch Auffinden der Leiche geklärt.

Am 21. November v. J. war, wie seinerzeit gemeldet wurde, der Zugführer aus dem Packwagen eines Güterzuges auf der Strecke Hamburg-Berlin an der Grabower Elbebrücke verschwunden. Man vermutete, Siemßen sei in die Elbe gefallen und suchte den Fluß ab, fand aber keine Spur von dem Vermißten. Am Mittwoch nachmittag gelang es zwei Malern aus Grabow, etwa 400 Meter oberhalb der Brücke, die Leiche des Zugführers im Flußbett aufzufischen.

Bauern-Kommune „Kommajak"

Ein junger, deutscher Arbeiter, Wolf Weiß, jahrelang arbeitslos, siedelte im Juni 1931 auf die Landwirtschaftliche Kommune „Kommunistischer Leuchtturm", im Nordkaukasus, über, und wird bäuerlicher Kommunard. In anschaulicher Weise berichtet er in dieser Broschüre (Preis 10 Pf.) über das Leben und die Entwicklung der Bauernkommune, deren aktives Mitglied er geworden ist.

Verantwortlich: Alfred Kendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Erfahrungen deutscher Streikkämpfe

Rede des Genossen Dahlem auf der Tagung des Zentralrats der RGI

Auf der soeben abgeschlossenen Tagung des Zentralrats der Roten Gewerkschafts-Internationale sprach Genosse Dahlem für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition Deutschlands:

Durch Terror und mit Hilfe der Sozialdemokratie versucht die Bourgeoisie, ihr Lohnsenkungsprogramm, den Unterstützungsabbau und den Abbau der Sozialversicherung durchzuführen. Brüning hat im Reichstag erklärt, daß es ihm dank der Tolerierung der Sozialdemokratie und des ADGB. gelungen sei, die Einheitsfront der deutschen Arbeiter zu verhindern und größere Streikkämpfe zu verhüten. Diese Worte sollten uns eine Lehre sein, eine Waffe im Kampf gegen die Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften.

Genosse Dahlem stellt fest, daß die Linie des 5. Kongresses auf die Politisierung der Lohnkämpfe sich in Deutschland voll und ganz bewährt hat. In der heutigen Situation in Deutschland gewinnt jeder Streik ausgesprochen politischen Charakter. Der rein politische Massenstreik ist immer häufiger an der Tagesordnung.

Was lehrt uns unsere Erfahrung? Eine gute Vorbereitung ist der halbe Sieg. In einem chemischen Werk in Mitteldeutschland (im Vorjahr Streik in Piesteritz) hat man ganz unerwartet eine Lohnsenkung verkündet. Unsere Organisation rief zum Streik, ohne eine Stellungnahme der Arbeiter zu dieser Frage veranlaßt zu haben. Das Ergebnis war, daß der Streik binnen 24 Stunden abgewürgt wurde und daß wir in jenem Werk für lange Zeit das Vertrauen der Arbeiter verloren. In derselben Zeit sind gut vorbereitete Streikkämpfe fast jedesmal erfolgreich gewesen.

Eine überaus wichtige Frage ist der „Verbindungsdienst im Kampf. Im letzten Streik der Ruhrbergarbeiter, wo 16 Zechen voll und 20 teilweise gestreikt haben, mußte die Gesamtstreikleitung mitunter einen halben Tag verlieren, um Nachrichten über den Zustand der Streikfront zu bekommen. Von vornherein und ganz genau muß festgelegt werden, wer die Verbindung zwischen den Leitungen und den Betrieben aufrechterhalten wird.

Ferner betonte Genosse Dahlem die Wichtigkeit solcher Momente, wie der organisierten Streikabschluß, die Streikunterstützung durch den Verband, die Forderung, daß niemand gemaßregelt werden soll. usw.

Was ist das Gesamtergebnis unseres Streikkampfes im letzten Jahr? Am Anfang ist es uns nicht gelungen, die Lohnsenkung zum Stillstand zu bringen, wir konnten nur das Tempo der Unternehmeroffensive ein wenig aufhalten. Aber dank der Anwendung einer richtigen Taktik haben sich jetzt die Verhältnisse geändert. Wir haben im Sommer 1931 120 Landarbeiterstreiks geführt und davon waren ungefähr 80 Prozent siegreich. In den letzten Wochen haben ungefähr 30 Streiks der Berliner Metallarbeiter unter Führung des Einheitsverbandes stattgefunden. Ueber die Hälfte war erfolgreich.

Kann man die objektiven Schwierigkeiten von der Rechnung streichen, die die Kampfentwicklung gehindert haben? Nein, das kann man nicht. Die Angst vor der Entlassung, die Streikbruchpolitik des ADGB, die polizeilichen Repressalien, — das alles hält den Arbeiter davon ab, am Streik teilzunehmen. Aber natürlich darf man die Bedeutung dieser objektiven Schwierigkeiten nicht übertreiben, wie es die Opportunisten tun. Wir müssen die subjektiven Schwächen unserer Arbeit in Betracht ziehen, die den erfolgreichen Kampf hindern. Das ist das Unvermögen, die Einheitsfrontpolitik zu organisieren und durchzuführen, aber in der Tat, nicht nur mit Worten; das Unvermögen, gegen die „linken" Manöver der Reformisten zu kämpfen, sie in den Augen der Massen zu entlarven.

Im letzten Bergarbeiterstreik haben die Reformisten auf einer großen Zeche erklärt, sie wären ebenfalls für den Streik. Unsere Anhänger gingen darauf ein, zusammen mit ihnen den Streik zu führen. Die Reformisten lehnten die Bildung einer Streikleitung ab und forderten, daß der Kampf von ihrem Betriebsrat geführt werde. Trotzdem die Kampfleitung aus 60 Mitgliedern bestand, nahmen unsere Genossen den Vorschlag der Reformisten an und freuten sich über die Möglichkeit, eine Einheitsfront zu schaffen. Natürlich wurde der Streik abgewürgt. Dieses Beispiel beweist, daß wir es noch nicht verstehen, die Streikbruchtaktik der Reformisten rechtzeitig in den Augen der Arbeiter zu entlarven, um Streikbruch zu verhindern.

Genosse Dahlem kritisierte ferner die Streiktaktik der Genossen aus der CGTU Frankreichs und betonte zum Schluß die Notwendigkeit einer engeren internationalen Zusammenarbeit und einer internationalen Popularisierung der erfolgreichen Lohnkämpfe unserer Anhänger in verschiedenen Ländern.

Wachsende Empörung auf Paul II

A.-K. Die letzte Betriebszeitung kam auf Paul 2 in einem besonders günstigen Augenblick heraus. Zwei Schichten hatten Löhnung empfangen. Die Kumpels hielten Lohntüten mit 15 und 20 Mark in der Hand! Alles knurrte und schimpfte und als die Betriebszeitung hineinplatzte, war ein großes Hallo, „Das ist richtig, daß mal die ganzen Sauzustände angeprangert werden", das war die allgemeine Auffassung. Und mit Interesse wurde die Betriebszeitung gelesen. Es gab ernste Diskussionen über die Anwendung der Streikwaffe gegen den Hunger. Nur einzelne Aucharbeiter, ein paar ganz bonzentreue Kollegen, machten hämische Bemerkungen. Sie meinten: „Draußen vorm Tor stehen ein paar dumme Zeitungsverkäufer und frieren an die Knochen, während ihre Genossen Brauer und Giersch hinterm warmen Ofen sitzen..."

Die Kumpels haben den verbissenen Bonzenfreunden sofort die Meinung gesagt. Unsere Genossen Brauer und Giersch tun ihre Pflicht, wie überhaupt unsere kommunistischen Funktionäre. Aber hinter dem warme Ofen, mit vollem Bauche sitzen die **wohlbezahlten Weickardt, Gräfe und Konsorten, die Lohnabbaubonzen und Brüning-Tolerierer!**

Die Bonzentreuen haben dann nichts mehr gesagt.

Dem Obmann rückte man auch auf die Bude, wie er sich zum Lohnabbau stelle, vor allen Dingen zum Gedingeabbau. Eine Antwort haben die Kumpels nicht erhalten.

Die Betriebszeitung hat im allgemeinen gut angesprochen. Aber hinter dem warmen Ofen mit vollem Bauche sitzen die wohlhältnisse werden täglich schlechter. Denkt an die Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft, denkt an den zuletzt verunglückten Kollegen, der allein an einem gefährlichen Arbeitsplatz stand in der Nachtschicht, der sein Leben lassen mußte, weil die Bewetterungsvorschriften nicht eingehalten wurden.

Es ist genug gehungert worden, Kumpels von Paul 2, jetzt steht zusammen! Schmiedet die rote Kampfeinheit!

Die Lohntüte — Basis der Einheitsfront

Zweite Betriebsrätekonferenz faßt wichtige Beschlüsse zum Kampf gegen den Hunger

A.-K. Eine zweite Betriebsrätekonferenz tagte am 1. Januar in Merseburg. Auch sie stand im Zeichen der marschierenden Einheitsfront. Es waren vertreten Betriebsräte aus der Chemie, von der Eisenbahn, von den städtischen Betrieben in Merseburg, von den Gruben des Geiseltals, von der Merseburger Papiermühle und von der Glashütte Großkayna. Insgesamt 31 Kollegen. Sie gehörten der RGO, den freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften, dem Stahlhelm und der Werksgemeinschaft an.

Das Referat hielt der Genosse Karl Preisich (Halle) vom Bezirkskomitee der RGO. Das Referat wurde von den Betriebsräten restlos gebilligt und positiv diskutiert.

Ein reformistischer Betriebsrat der Papierfabrik Königsmühle schilderte den 25prozentigen Lohnabbau, der **über die Notverordnung noch weit hinausgeht** und vom Unternehmertum diktiert wurde. Er erklärte, daß zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern nur Theater gespielt würde. Wörtlich erklärte er: **Den Papierarbeitern kann nur der Streik helfen!**

Ein christlicher Leuna-Betriebsrat schilderte sein stufenweises Abrücken von der SPD-Linie, die er bisher mit eingehalten hätte. Er betonte, daß er den Weg der roten Kampfeinheit als den richtigen anerkenne. Ueber Sowjetrußland äußerte er sich, daß das Land eine Machtstellung auf wirtschaftlichem Gebiete einnehme und auf Grund seines Aufbaues den anderen Respekt einflöße! Die Gewerkschaftsbürokratie hätte Angst vor Betriebsrätewahlen, deshalb sollen in diesem Jahre keine stattfinden. **An einem Kampf werde er sich als christlicher Arbeiter und Betriebsrat beteiligen und nicht den Kämpfenden in den Rücken fallen.**

Ein Werksgemeinschaftler und ein Stahlhelmer aus der Königsmühle sprachen ebenfalls über den bevorstehenden Kampf. Sie unterstrichen die Ausführungen des Gewerkschaftskollegen. Sie betonten, daß sie keine Streikbrecherarbeit leisten würden, daß das aber sicher von den christlichen und freien Gewerkschaften zu erwarten sei.

Aus den weiteren Berichten, die aus den Betrieben kamen, ging hervor, daß überall ein Widerstandswille der Arbeiter festzustellen ist, daß die Arbeiter förmlich nach dem Ausweg gegen die Massenverelendung suchen.

Die Konferenz konnte alle Fragen klarstellen. Weder die christlichen Arbeiter, noch die Anhänger der Werksgemeinschaft, noch die Gewerkschaftskollegen stehen gegen die rote Einheit, wenn die rote Einheit in den Betrieben praktisch geschmiedet wird. Die Lohntüte ist die Basis der roten Einheitsfront. In diesem Sinne wird der Betriebsrätеausschuß Merseburgs seine weiteren Arbeiten aufnehmen.

Die Konferenz wählte noch einen engeren Ausschuß, der wie der gesamte Ausschuß, ein wirkliches Einheitsfrontorgan darstellt. Die Konferenz nahm als Willensausdruck folgende Entschließung an:

„Die am 1. Januar 1932 tagende Einheitskonferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Merseburger Betriebe stellt sich vollinhaltlich auf den Boden der Kampfforderungen der Bezirksbetriebsrätekonferenz vom 6. Dezember 1931, die wie folgt lauten:

Für die Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich, für die Wiedereinführung der alten Löhne!
Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Männern und Frauen!
Für die Erhöhung der Löhne der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter!
Für die Streichung aller Dividenden und Aufsichtsratstantiemen!
Für rücksichtslose Senkung der Direktorengehälter!
Für Streichung aller Ausgaben für die Werkspolizei!
Gegen das Schlichtungswesen und alle Streikbruchorganisatoren!
Gegen den Faschismus und Sozialfaschismus!
Für die revolutionäre Einheitsfront aller Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Erwerbslosen!"

Die heute versammelten Betriebsräte erkennen und bestätigen, daß dieses Kampfprogramm auch in der gegenwärtigen Situation, in der das Unternehmertum seine neue brutale Lohnabbauoffensive mit Hilfe von Notverordnungen gegen die Arbeiterschaft eröffnet hat, voll und ganz aktuell ist. Sie schlagen aber trotzdem dem Bezirksausschuß und allen Betriebsräten Mitteldeutschlands die Erweiterung des Programms um folgende Forderungen vor:

1. **Sofortige Außerkrafttretung der vierten Notverordnung der Brüning-Regierung.**
2. **Gegen jeden Versuch der Unternehmer und ihres Staatsapparates, die Tarife der Arbeiter zu brechen, zu beseitigen oder auch nur zeitweise außer Kraft zu setzen!**
3. **Gegen jeden Lohnabbau!**
4. **Für sofortige Herabsetzung der Preise von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln des Arbeiterhaushalts auf Kosten der großen Unternehmungen!**
5. **Gegen jede Knebelung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit der Arbeiter!**

In jeden Betrieb

gehört die kommunistische Presse, mache Deinen Arbeitskollegen zum Leser Deiner Zeitung und Du hast Ihn als Mitkämpfer gewonnen. Melde sofort die neugeworbenen Abonnenten dem

„Klassenkampf"

Nicht Gruppen und Grüppchen, sondern Einheit der Bauarbeiter

A.-K. In Halle gab es vor anderthalb Jahren eine „syndikalistische Föderation der Berufe", eine völlig bedeutungslose sektiererische Bewegung. Die Verbandszeitung wurde für das ganze Reich in 1000 Exemplaren hergestellt. Da kam man sich denken, welcher verschwindende Bruchteil davon nach Halle gekommen ist. Der Reichsleiter Wiesner hat nunmehr diese Bewegung im Stich gelassen und hat sich einer sogenannten „Neugeistbewegung" (faschistische Organisation) angeschlossen. Wiesner hatte sich von jeher nicht um die Interessen der Bauarbeiter gekümmert. Er sprach immer von „Idealen" und von „Weltanschauungen". Dabei zeichnete sich Wiesner durch ein „einnehmendes" Wesen aus. An der Kasse war ein erhebliches Defizit entstanden, das Wiesner lange verschleiern konnte. Bei Revisionen pumpte er sich den fehlenden Betrag und täuschte eine prompte Kassenführung vor. Als aber die Schulden ihm über den Kopf wuchsen, sandte er das gesamte Verbandsmaterial an die Geschäftskommission nach Berlin: „So, nun seht zu, wie ihr fertig werdet. Ich mag nichts mehr mit der ganzen Chose zu tun haben."

Die Bauarbeiterkollegen, die in dieser Bewegung ihre Interessenvertretung erwarteten, sind aufs äußerste empört. Sie erkennen jetzt, daß die Gruppen und Grüppchen ihnen nichts nützen können, sondern **daß nur ein Massenkampf die Lage der Arbeiterklasse verbessern und nur ein eMassenorganisation die Kämpfe führen kann! Deshalb hinein in den roten Einheitsverband für das Baugewerbe!**

Zwangsarbeit auf Grube Naumburg

A.-K. In der Zeit vom 8. bis 17. Dezember mußte die Belegschaft in der Aufbereitung auf Veranlassung der Betriebsleitung Ueberstunden leisten. Es ist keine Seltenheit in der Aufbereitung, daß manche Belegschaftsmitglieder 30 und über 30 Stunden Arbeit haben leisten müssen. Ueberarbeit wird nicht bezahlt. Geleistete Ueberarbeit muß abgefeiert werden. Die Möglichkeit, die Ueberarbeit abzufeiern, besteht aber für die Belegschaft so gut wie gar nicht. Denn die Belegschaft ist so verringert, daß mindestens noch 20 Mann eingestellt werden können. Der Beweis dafür ist eben die viele Ueberarbeit, die hier geleistet werden muß.

Die Belegschaft fordert, daß ihr schnellstens Gelegenheit gegeben wird, die Ueberarbeit abzufeiern. Die Werkleitung darf sich nicht etwa einbilden, daß wir umsonst schuften. Erwerbslose, die noch mit beschäftigt werden können, gibt es genug.

Und die Reformisten kümmern sich nicht um die Kumpels. Gerade diese setzen sich für die Erhaltung des bankrotten Kapitalismus ein.

2000 Leute sind beschäftigt
die Zigarette herzustellen, die in unsere Zeit paßt, also:
gross — gut — billig
ist. Nur wer CLUB nicht kennt, raucht noch nicht CLUB

3 1/3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0005

HALLE

Freitag, den 8. Januar 1932.

Die Kleinwohnungsbau-AG meldet sich

Täuschungs- und Beruhigungsmanöver der bürgerlichen Presse

Wie wir bereits berichteten, hat die am 5. Januar stattgefundene stark besuchte und glänzend verlaufene Mieterversammlung der Kleinwohnungsbau-AG den Beschluß gefaßt, die einstimmig angenommene Entschließung allen Hallischen Tageszeitungen zum Abdruck zu übersenden. Diese Entschließung ist gestern vollinhaltlich von der „Saale-Zeitung" abgedruckt worden. Die „Hallische Nachrichten" haben es nur übers Herz bringen können, den letzten Teil der Entschließung abzudrucken. Den ersten Teil, wo gegen die Notverordnung protestiert wird, haben sie weggelassen und den Inhalt nur „angedeutet". Bezeichnend ist, daß das sozialdemokratische „Volksblatt" weder von der stattgefundenen Versammlung noch von der Entschließung Notiz nimmt. Das „Volksblatt" hält es nicht für notwendig, zu der Bewegung der Neubaumieter und deren Forderungen Stellung zu nehmen.

Die „Saale-Zeitung" und die „H. N." bringen dann gleichzeitig eine längere Erklärung der Kleinwohnungsbau-AG zu der Versammlung und zu der angenommenen Entschließung. In dieser Erklärung wird der krampfhafte Versuch unternommen, den Mietern einzureden, als ob die Kleinwohnungsbau-AG die Mietssenkung korrekt und nach den „gesetzlichen Vorschriften" vorgenommen habe. Mit dieser untergeordneten Frage sollen die Neubaumieter von der Hauptfrage, nämlich vom Kampf für eine nennenswerte und fühlbare Mietssenkung abgelenkt werden. Der Zweck der Erklärung ist, die Mieter vor „unbesonnenen Schritten" zu warnen und einzuschüchtern. Wir werden morgen zu der Erklärung der Kleinwohnungsbau-AG besonders Stellung nehmen.

Die Neubaumieter werden sich selbstverständlich durch keinerlei bürokratische Verwirrungsmanöver davon abhalten lassen, konsequent und entschlossen auf die Durchsetzung ihrer Forderungen zu drängen. Eine Richtigstellung muß zum Schluß noch gemacht werden. Die „Saale-Zeitung" behauptet, daß die Mieterversammlung am 5. Januar vom Lokalredakteur des kommunistischen „Klassenkampf" einberufen worden sei. Dies entspricht nicht im geringsten den Tatsachen. Die Versammlung ist vielmehr als geschlossene Mieterversammlung von einigen Mitgliedern des früheren Mieterausschusses einberufen worden, während der Lokalredakteur des „Klassenkampf" lediglich gebeten wurde, in der Versammlung über die Mieterfragen zu sprechen. Dieser Aufforderung ist der „Klassenkampf"-Redakteur selbstverständlich nachgekommen. Die „Saale-Zeitung" will durch diese Tatsachenverdrehung sowie durch die Schlagzeile: „Falsche Auffassung der Mieter unter kommunistischer Führung", den Mietern nur vor den Kommunisten bange machen. Das ist jedoch ein vergebliches Bemühen, denn alle Mieter haben es lebhaft begrüßt, daß die Kommunisten ihre Interessen verteidigen und sich für ihre Forderungen einsetzen. Die Kommunisten sind eben die Einzigen, die den Kampf der werktätigen Bevölkerung gegen das Massenelend führen.

Die Mieterbewegung breitet sich aus

Am Mittwoch fand eine geschlossene Versammlung der Mieter aus den Lorenzschen Häusern statt. Von ungefähr 120 Mietern waren 70 anwesend. Nach eingehender Stellungnahme zu den in den Lorenzschen Häusern herrschenden Mißständen wurde ein Kampfausschuß von 9 Mietern, darunter 6 parteilosen Mietern, gewählt und einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die anwesenden Mieter aus allen Lorenzschen Häusern beschließen einstimmig:

1. Wir fordern, daß sämtliche Reparaturen sofort gemacht werden.
2. Wir fordern, daß die Gas- und Lichtrechnungen dem Mieterausschuß auf Verlangen vorgelegt werden.
3. Wir fordern, daß die vom Magistrat ausgestellten Karten jedem Mieter zur Einsicht vorgelegt werden.
4. Wir fordern, daß in den Mietszetteln alle Einzelposten, aus denen sich die Miete zusammensetzt, einzeln angeführt werden. Andernfalls werden sich die Mieter weigern, die Miete zu bezahlen

Darüber hinaus protestieren die versammelten Mieter auf das entschiedenste gegen die am 1. Januar in Kraft getretene Notverordnung, die einen Lohn- und Gehaltsabbau, aber einen nur kaum fühlbaren Preisabbau diktierte. Insbesondere sind sie der Auffassung, daß die auf Grund der Notverordnung erfolgte Mietsenkung keinesfalls ausreichend ist. Sie geloben, den Kampf für Senkung der Mieten auf 100 Prozent des Vorkriegszustandes mit allen Kräften zu organisieren.

Renegaten bringen Jungarbeiter ins Gefängnis

Am Mittwoch fand vor dem Hallischen Schöffengericht eine Verhandlung gegen den Jungarbeiter R. statt. Die Anklage lautete auf Körperverletzung und Waffenmißbrauch. Der Tatbestand soll nach den Aussagen des berüchtigten Renegaten Hammer folgender gewesen sein: Hammer kam am 27. 12. 1930 die Reilstraße entlang. An einer Ecke wurde er von einem Jugendlichen, den er als einen gewissen Baumann angab, befragt, ob er Hammer sei. Auf seine Bejahung habe dann Baumann mit einer Signalpfeife ein Zeichen gegeben, worauf acht Jugendliche erschienen und Hammer verprügelt haben sollen. Hammer will unter den Jugendlichen den Angeklagten R. als den „wütendsten Schläger" erkannt haben und hat diesen auch bei der Polizei angezeigt. Er behauptete, daß R. mit einem mit Leder (!) bezogenen Totschläger gegen ihn (Hammer) vorgegangen sei. Dazu erklärte der Angeklagte, daß revolutionäre Arbeiter derartige Methoden in ihrem Kampfe grundsätzlich ablehnen. Der Kampf gegen die Schädlinge der Arbeiterklasse ist eine politische Frage und die Abrechnung mit dem Renegatengesindel erfolgt durch den politischen Kampf. Weiter stellte er fest, daß er sich an dem fraglichen Tage und Zeitpunkt an einem anderen Ort aufgehalten hat, was durch eine Verwandte von ihm bestätigt wird. Es folgte dann die Vernehmung Hammers, der wörtlich erklärte: „Eigentlich müßten auf der Anklagebank die Sekretäre der KPD (!) und des AKB (!) sitzen. Außerdem fehlt noch der ehemalige Hofmeister Hermann, die alle die eigentlichen Urheber dieses Ueberfalles sind."

Diese unverschämte und provokatorische Aeußerung Hammers vor dem bürgerlichen Gericht machte selbstverständlich auf die Herren Richter einen guten Eindruck. Deutlicher können die brandleristischen Renegaten ihre **Denunziantenrolle als Agenten der Bourgeoisie** nicht enthüllen. Der Angeklagte R. stellte gegenüber diesen schmutzigen Aeußerungen Hammers fest, daß es Hammer nur darauf ankommt, seinen Kampf gegen die KPD und ihre Führung fortzusetzen und die KPD zu diskreditieren. Hammer mußte dann noch zugeben, daß er zwar „glaubt", daß der Jungarbeiter R. als Haupttäter in Frage komme, er sich aber auch ebenso gut „irren" könne. Der Staatsanwalt beantragte wegen Körperverletzung zwei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete dann auf drei Monate Gefängnis wegen Körperverletzung. Wegen unerlaubten Waffentragens erfolgte Freispruch. Der Angeklagte hat gegen dieses unerhörte Urteil Berufung eingelegt.

Was eine bürgerlich-sozialdemokratische Vorstandsmehrheit niemals wagen wird

Eine Entschließung des Vorstandes der AOK Saalkreis gegen die Notverordnung

Der „Klassenkampf" berichtete bereits vor mehreren Tagen im Provinzteil, welche ungeheuerlichen Verschlechterungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung und der Heilbehandlung in der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises auf Grund der letzten Notverordnung vom 8. 12. 1931 eingetreten sind. Zuschuß zur Beschaffung größerer Heilmittel, darunter auch Zahnersatz, wird nicht mehr gewährt; desgleichen Zuschuß für Hilfsmittel gegen Verunstaltung und Verkrüppelung. Bei der Krankenhauspflege von Mitgliedern, die bisher ganz oder überwiegend Angehörige unterhalten haben, fallen die Familienzuschläge fort und es wird nur noch die Hälfte des Krankengeldes als Hausgeld gezahlt. Sterbegeld wird nur noch in der Höhe des zwanzigfachen Grundlohnes gezahlt. Einschneidend sind vor allem die Verschlechterungen für Familienangehörige der versicherten Mitglieder. Die Familienkrankenpflege wird auf die Dauer von 13 Wochen beschränkt. Die erweiterte Familienhilfe für Kinder über 16 Jahre hinaus sowie für Eltern, Großeltern und Schwiegereltern kommt gänzlich in Fortfall. Die Kosten für Arzneien und kleinere Heilmittel werden von der Kasse nur noch in der Höhe von der Hälfte getragen. Krankenhauspflege für Familienangehörige wird von der Kasse nicht mehr gewährt und Sterbegeld für Ehegatten und Kinder wird auch nicht mehr gezahlt.

Der Vorstand der OAK Saalkreis mußte laut den gesetzlichen Bestimmungen diese einschneidenden Verschlechterungen allen Mitgliedern der Kasse und den Unternehmern durch ein Rundschreiben zur Kenntnis geben. Der Vorstand hat in einer Sitzung zu diesen Maßnahmen der Notverordnung Stellung genommen und eine Entschließung angenommen, die auf dem Rundschreiben an die Mitglieder und Unternehmer mit zum Abdruck gebracht wurde. Der „Saale-Zeitung" ist nun, als sie von dieser auf einem behördlichen Dokument abgedruckten Entschließung Kenntnis erhielt, schier der Schreck in die Knochen gefahren. Sie setzt ihren Lesern einen sensationellen Bericht unter folgender Ueberschrift vor:

„Was sich eine kommunistische Vorstandsmehrheit leistet".

Was dann kommt ist wert, abgedruckt zu werden:

„Von einer seltsamen Entschließung gibt der Vorstand [der] Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises, der sich aus [...] Arbeitnehmern und drei Arbeitgebern zusammensetzt, in ein[em] Rundschreiben an die der Ortskrankenkasse angeschlossenen [Ar]beitgeber Kenntnis. Es heißt in dieser Entschließung, die [am] 28. Dezember angenommen wurde und Stellung nimmt zu [den] auf Grund der vierten Notverordnung eingetretenen Einsch[rän]kungen in der Krankenversicherung:

„Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse [des] Saalkreises hat in seiner Sitzung vom 28. Dezember 1931 [von] der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dez[em]ber 1931 Kenntnis genommen.

Der Vorstand stellt fest, daß diese Maßnahme einen ung[e]heuren Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kr[an]kenkassen bedeutet.

In Anbetracht der katastrophalen Notlage [der] Werktätigen bedeutet eine derartige Verschlechterung [der] Leistungen der Krankenversicherung eine Gefährdung [der] Volksgesundheit.

Geradezu verheerend muß es sich auswirken, weil mit [der] Verschlechterung der Krankenversicherung ein unglaublicher Lo[hn]abbau verbunden ist.

Der Vorstand lehnt die Verantwortung für die sich daraus [er]gebenden Folgen ab."

Daß die „Saale-Zeitung" die Entschließung des Vorstandes [der] AOK Saalkreis vollinhaltlich und sogar im Fettdr[uck] ihren Lesern zur Kenntnis gegeben hat, ist nur zu begrüße[n]. Wir gehen auch nicht fehl in der Annahme, daß zahlreiche Le[ser] der „Saale-Zeitung" dieser Entschließung ihre Zustimmu[ng] geben werden. Die Redaktion der „Saale-Zeitung" allerdings ist [mit] der Entschließung gar nicht einverstanden, was man ja auch n[icht] verlangen kann. Im Gegenteil, dieses bürgerlich-faschistische Blat[t] furchtbar entrüstet darüber, daß eine kommunistische Vorstan[ds]mehrheit es wagen kann, in einer Entschließung gegen die Not[ver]ordnung zu protestieren. So etwas findet die „Saale-Zeitung" e[in]fach unerhört und sie teilt ihren staunenden Lesern mit, daß [die] Entschließung des Vorstandes der AOK Saalkreis „hochpolitis[ch]" sei. Wir meinen, daß das die Leser sicherlich schon selbst gemer[kt] haben werden.

Die weiteren Ausführungen der „Saale-Zeitung" kommen ei[ner] direkten Aufforderung an die Aufsichtsbehörde gleich, gegen den Vo[r]stand der AOK. Saalkreis wegen dieser Entschließung Maßna[h]men zu ergreifen. Man kann getrost annehmen, daß [die] Aufsichtsbehörde auch ohne die zarte Ermahnung der „Saale-Zeitun[g]" gegen den Vorstand einschreiten wird. Die Eilfertigkeit der „Saa[le-]Zeitung" kennzeichnet den reaktionären und arbeiterfeindlichen Ch[a]rakter dieses faschistischen Blattes, das sicherlich auch von vielen M[it]gliedern der Saalkreis-Krankenkasse gelesen wird, die durch die ne[uen] Bestimmungen der Notverordnung über die Krankenversicheru[ng] geschädigt werden. Hoffentlich ziehen sie aus der Stellu[ng]nahme der „Saale-Zeitung" die Konsequenzen und beförd[ern] dieses Blatt dahin, wo es hingehört, nämlich auf den Misthaufen.

Achtung! Agitprop-Funktionäre der Stadtteile, Betriebs- und Straßenzellen von Halle

Sonntag vormittag, ab 9 Uhr, findet im Wintergarten die

Pressebezirkskonferenz

mit den neu gewählten politischen Zeitungsobleuten statt. Sämtliche Agitpropfunktionäre von Halle müssen daran teilnehmen. Parteibuch mitbringen.

Bezirksleitung.

Ein Hallischer Schupoflieger landet im Gefängnis

Von unserem Berliner Mitarbeiter wird uns folgendes mitgeteilt:

Eine bürgerliche Zeitung in Berlin brachte vor wenigen Tagen eine kurze Mitteilung, wonach die Berliner Kriminalpolizei einen Flieger und Fallschirmpiloten wegen Spionage verhaftet und in Untersuchungshaft genommen habe.

Diese Mitteilung dürfte die Hallische Arbeiterschaft interessieren, weil es sich bei dem Verhafteten um einen ehemaligen Schupobeamten aus Halle handelt. Der ehemalige Schupowachtmeister und jetzige Flieger Meisterknecht, um den es sich hier handelt, war eine Natur, die sprichwörtlich über Leichen ging, und auch bei der Schupo in Halle hätte er es sicher noch zu etwas gebracht, wenn sich ihm nicht eine Gelegenheit geboten hätte, sich schneller einen Namen zu machen. Und das kam so:

Meisterknecht war verheiratet und wohnte in der Lessingstraße. Schon als Schupobeamter unternahm er im Rahmen verschiedener Flugveranstaltungen des öfteren Fallschirmabsprünge. Das alles aber brachte ihm wohl doch nicht die erhoffte Würdigung und bevorzugte Behandlung von seiten seiner Dienstbehörde und er trug sich deswegen eine Zeitlang mit dem Gedanken, zur Reichswehr überzugehen, weil er glaubte, hier doch schneller befördert zu werden.

Seine Frau, die vordem einem einzelnen älteren, wohlhabenden Rentner die Wirtschaft geführt und nach dessem Ableben diesen beerbt hatte, litt an der unheilbaren galoppierenden Schwindsucht. Wenn Meisterknecht trotzdem die Ehe mit ihr einging, so dürfte er damit nur auf ihr Geld spekuliert haben. Diese Vermutung wird auch durch sein ganzes Verhalten während seiner Ehe gestützt. Er tat alles, was den Tod seiner Frau beschleunigen konnte und das in einer brutalen Weise, die sich hier nicht schildern läßt. Jedenfalls hat seine kranke Frau, die die letzten Monate vor ihrem Ableben ohne fremde Hilfe nicht mehr das Bett verlassen konnte, mehrfach einer Vertrauten selbst ihre dahingehende Vermutung geäußert und Dinge erzählt, die alle beweisen, daß ihrem Manne das Sterbetempo der Schwindsucht noch nicht schnell genug war. Eine angemessene Pflege, die ja von dem Gelde seiner Frau hätte bezahlt werden müssen, hat er ihr nicht angedeihen lassen.

Als die Frau endlich gestorben war, heiratete Meisterknecht wenige Wochen darauf wieder. Er quittierte auch den Polizeidienst und verließ bald darauf Halle. Da er seine erste Frau beerbt hatte, ist wohl anzunehmen, daß er sich von diesem Gelde ein Flugzeug kaufte, mit dem er sich nun als Flieger an privaten Flugveranstaltungen überall beteiligte und solche auch selbst arrangierte. Eines Tages stürzte er ab und seine Maschine, die nicht versichert war, ging vollständig in Trümmer. M. geriet nunmehr in Schulden [und] wurde von seinen Gläubigern hart bedrängt. Er versuchte in [der] Folgezeit noch, durch Fallschirmabsprünge wieder Ob[er]wasser zu gewinnen, aber scheinbar reichten diese Einnahmen [bei] nicht aus, um die Lebensgewohnheiten des gewordenen Lebemann[s] zu bestreiten. Nach den Presseberichten soll er sich nun dadurch [zu] helfen versucht haben,

daß er während seiner Fallschirmabsprünge die Flughafenanlagen der Lufthansa photographierte und die Bilder und andere Betriebsdetails und Organisationspläne an eine ausländische Macht verkaufte,

denn er verfügte plötzlich wieder über größere Summen, obw[ohl] ihm seine Gastspielreisen mit seinen Fallschirmabsprüngen kei[nen] nennenswerten Verdienst brachten. Nun ist der Flieger von H[alle] also dort gelandet, wohin mancher Arbeiter durch ihn geflogen ist: ins Gefängnis.

Das ist die Geschichte eines Menschen, der — selbst aus der be[sitz]losen Klasse hervorgegangen — von der bürgerlichen Welt ange[worben] wurde, sie aktiv mit dem Gummiknüppel verteidigte und nun [an] ihrer Zwiespältigkeit Schiffbruch erleidet.

Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Ortsgr. Ha[lle]

Am Sonntag, dem 10. Januar, findet nachmittags 3 Uhr [un]sere Mitgliederversammlung statt, und zwar im Ifa-Büro, [...]denstraße 72. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht, sch[rift]stellernde Genossen und Arbeiterkorrespondenten sind eingela[den] und werden um ihren Besuch gebeten.

Gasvergiftung. Am 7. Januar 1932, gegen 11.15 Uhr, a[tmete] ein 25jähriger Arbeiter der Gas- und Wasserwerke bei einer A[us]grabung in der Hardenbergstraße Gas ein. Er brach zusammen [und] wurde mit einem städtischen Krankenwagen der medizinischen Kl[inik] zugeführt. Lebensgefahr besteht nicht.

Zoo-Veranstaltung! Derjenige Genosse, der am Sonnab[end,] dem 2. Januar, in der großen Mitgliederversammlung auf [der] Bühne ein paar schwarze Schnürschuhe verwechselt hat, wird a[uf]gefordert, selbige gegen die seinigen sofort im IAH-Büro um[zu]tauschen.

Ammendorf. Leichtes Hochwasser in der Elst[er]aue. Die Elster ist in der Nähe der „Schafbrücke" teilweise [über] die Ufer getreten, so daß die angrenzenden Wiesen ein w[enig] unter Wasser stehen. Der Hochwasserpegel der Elster ist [...] Wasser gerade erreicht.

Der Weg zum Sozialismus

so lautet das Thema, der heute, 20 Uhr, im Thaliasaal stattfindenden öffentlichen Versammlung. Die am 28. No[-] vember 1931 stattgefundene öffentliche Versammlung der Internationalen Arbeiterhilfe faßte den einstimmig[en] Beschluß, eine zweite Versammlung mit einer Berichterstattung über die Sowjetunion abzuhalten. Diesem [Be]schluß wird nunmehr entsprochen. Es sprechen in der heutigen Versammlung:

[Ge]nosse Karl Gutjahr, Genossin Hilde Zöllner, Rußlanddelegierter Görmer

Nachdem die Nationalsozialisten mit Lügen-Klötzner eine überall kläglich verlaufene und von der revolu[tio]nären Arbeiterschaft erfolgreich zurückgeschlagene Hetzkampagne gegen die Sowjetunion veranstaltet haben, ge[hen] jetzt die Sozialdemokraten dazu über, einen öffentlichen Verleumdungsfeldzug gegen die Sowjetunion einzu[lei]ten, um die Kriegshetze gegen das Land des Fünfjahrplans zu schüren und die Sowjetunion in d[en] Schmutz zu ziehen. Werktätige von Halle, gebt diesen verbrüderten Sowjetfeinden im Lager der Nazis [und] der SPD die Antwort! Erscheint heute in Massen zur Rußlandberichterstattung. [...] allen Gegnern zugesichert. Die Parole lautet also:

Heute abend 8 Uhr alles in den Thalia-Saal!

6

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0006
DFG

Drei Monate Gefängnis für Aufforderung zum Streik

Der am 4. Januar in Köln verhaftete Straßenbahnerbetriebsrat und Stadtverordnete, Genosse Safarowsky wurde am gleichen Tage dem Schnellrichter vorgeführt und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Genosse Frank stand am gleichen Tage in Gelsenkirchen mit den Kameraden Ratey, Ursowski und Westphal vor dem Schnellrichter. Sie wurden beschuldigt, trotz „Burgfrieden" eine öffentliche Versammlung veranstaltet zu haben. Es handelt sich um die Belegschaftsversammlung der Schachtanlage „Konsol" 3-4-9 am 3. Januar, an der angeblich auch einige Erwerbslose teilgenommen haben sollen. Sogar der Schnellrichter mußte die Angeklagten von der Anklage, eine öffentliche Versammlung durchgeführt zu haben, freisprechen. Trotzdem wurden die Genossen wegen „Verstoßes gegen polizeiliche Anordnungen" verurteilt. Genosse Frank erhielt 3 Monate 1 Woche Gefängnis, Ratey und Ursowski je drei Wochen Gefängnis, Westphal 20 Mark Geldstrafe.

In Recklinghausen wurden zwei Arbeiter zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie Flugblätter mit Streikaufforderungen verteilt hatten.

In Köln wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Karl Sattler vom Schöffengericht wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und Beamtenbeleidigung" zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis und 25 Mark Geldstrafe verurteilt.

Hunderte von Bergarbeitern, Erwerbslosen und Arbeiterfrauen werden zur Zeit vor Schöffengerichten und von der Schnelljustiz abgeurteilt, weil sie gegen den Lohnabbau kämpfen. Die Arbeiter Deutschlands fordern die Niederschlagung dieser Verfahren und Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen und für alle Opfer der Not und des § 218.

Nazipresse hetzt gegen Streikende

Sie haben es der SPD-Presse abgeguckt

Der „Völkische Beobachter" bringt am 5. Januar einen Bericht über die Streikbewegung im Ruhrgebiet, wobei er allerdings hauptsächlich das Vorgehen der Polizei schildert. Er teilt z. B. mit Befriedigung mit, daß in Mühlheim etwa 100 Arbeiter verhaftet wurden. Zu dem Bericht selbst schreibt der „Völkische Beobachter" wörtlich folgendes:

„Das neue klägliche Fiasko der KPD im Ruhrgebiet ist der Beweis dafür, daß die deutschen Arbeiter schon längst nichts mehr von den moskowitischen Söldlingen der jüdischen Bolschewisteninternationale wissen wollen, sondern schon heute zu Millionen unter den Fahnen des echten Sozialismus marschieren, unterm Hakenkreuz."

Das ist alles, was das Hitler-Blatt zu sagen weiß. Es ist geradezu lächerlich. Lehrreich ist aber für die bisherigen irregeführten Anhänger der Naziführer, daß die Nazipresse ganz ähnlich wie die SPD-Presse gegen die Arbeiter hetzt, die sich gegen den Lohnabbau wehren. Die Naziführer setzen eben alles ein zur Unterstützung der Notverordnungspolitik.

Haussuchung in der „Freiheit"-Redaktion in Düsseldorf

Am 5. Januar hielt die Polizei eine Haussuchung im Büro der Kommunistischen Partei und der Redaktion der „Freiheit", Düsseldorf, ab. Alle Anwesenden wurden durchsucht. Auch der anwesende Reichstagsabgeordnete Genosse Karl Muhsal wurde trotz seiner Immunität durchsucht. Jedes Stückchen Papier, selbst verschlossene Briefe wurden durchgestöbert. Ein Grund für die Haussuchung wurde nicht angegeben.

Während der Haussuchung hatten sich vor dem Büro hunderte Arbeiter versammelt, die Protest erhoben.

Haussuchungen in Hagen

Am heutigen Tage hielt die IA mit fünf ihrer Beamten eine Haussuchung auf dem Büro der KPD und der Redaktion der „Freiheit" ab. Man schreckte nicht davor zurück, den Genossen Karl Muhsal trotz seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter zu untersuchen.

So handeln kommunistische Bürgermeister

Der rote Bürgermeister von Mörfelden, Genosse Zwilling, wurde in eine Disziplinarstrafe von 100 Mark genommen, weil er sich geweigert hatte, seine Unterschrift unter die Bürgersteuerbescheide zu setzen. Er führte damit einen Beschluß des Gesamtgemeinderats durch, der die Einführung der Bürgersteuer ablehnt, weil die Mörfelder Werktätigen diese neue Belastung unmöglich tragen können.

Wieder eine zahlungsunfähige Stadt

Rummelsburg kann keine Gehälter zahlen

Stettin, 4. Januar. Die Kreisstadt Rummelsburg in Pommern hat den städtischen Beamten und Lehrern bisher keinen Pfennig vom Dezember auszahlen können, weil die Kassen vollkommen leer sind. Der Magistrat gibt als Grund für die Zahlungsunfähigkeit an, daß die großen landwirtschaftlichen Steuerzahler auf Grund der Osthilfe-Notverordnung das Sicherungsverfahren beantragt haben und infolgedessen keine Steuern zu zahlen brauchen.

Einigung Severings mit seinen Polizeioffizieren

Die Vereinigung der Preußischen Polizeioffiziere, zu der bekanntlich der Innenminister Severing alle Beziehungen abgebrochen hatte, hat nunmehr in einem Schreiben ihr Bedauern erklärt, daß ihre Erklärung gegen Severing im Fall des faschistischen Polizeimajors Levit veröffentlicht wurde. In der neuen Erklärung der faschistischen Polizeioffiziere wird versprochen, man wolle in Zukunft derartig scharfe Aeußerungen nicht mehr schriftlich festlegen, sondern nur noch mündlich vortragen. Außerdem versichern die faschistischen Polizeioffiziere ihre unbedingte Verfassungstreue und unbedingte Gefolgschaft für Severing.

Nach dieser Legalitätserklärung der faschistischen Polizeioffiziere hat der sozialdemokratische preußische Innenminister alle Maßnahmen gegen den Polizeioffiziersverband aufgehoben.

Mussolini sucht sich wieder einmal interessant zu machen, indem er eine Meldung verbreiten läßt, nach der gegen ihn ein Bombenattentat eingeleitet worden sein soll.

Briefkasten

Schneidemühl. Ihre Zuschrift kann schon deshalb nicht veröffentlicht werden, weil sie anonym ist. Ohne Angabe der vollen Adresse des Einsenders können die in der Redaktion des „Klassenkampf" einlaufenden Zuschriften keinesfalls veröffentlicht werden.

Große sportliche Veranstaltungen

Der Reichsmeister der Athletensparte „Berolina" Berlin in Holzweißig und Halle — Fortsetzung der Serienspiele in der Fuß- und Handballsparte

Die sportlichen Beziehungen der Athletensparte erfahren von Zeit zu Zeit wieder eine Auffrischung. So ist es gelungen, den Reichsmeister der Athletensparte „Berolina"-Berlin in unser Landesgebiet zu verpflichten.

In Holzweißig

stellen sie sich bereits am Sonnabend 20 Uhr im Lokal Hensel. Da Adler, Holzweißig, zur Zeit in großer Form ist (es glückte ihnen sogar einen Sieg gegen FSV Halle), wird großer Widerstand erwartet. Berlin wird aus sich herausgehen müssen, wenn sie den Kampf zu ihren Gunsten entscheiden wollen. Im Boxen stellt sich Sandersdorf gegen Holzweißig.

In Halle

findet der Kampf am Sonntag, 11 Uhr vormittags, im „Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, statt. Auf Grund des Weihnachts-Burgfriedens war die Veranstaltung verboten. Doch werden wir aus derartigen Verfolgungen stärker und gefestigt hervorgehen und erwarten ein volles Haus.

Sportlich wird der Kampf auf höchster Stufe stehen, vor allem wird das Zusammentreffen zwischen W. Seelenbinder (Berlin) und G. Jacob seine Anziehungskraft nicht verfehlen. Im Boxen trifft sich FSV gegen Merseburg.

Wir ersuchen die Arbeiterschaft, die roten Sportler durch einen Massenbesuch zu unterstützen, um so mehr, da kleine Eintrittspreise festgelegt sind.

Fußball-Serienspiele

Durch die unfreiwillige Pause des letzten verregneten Sonntags, geht nunmehr kommenden Sonntag lustig weiter. Allgemein finden nur Spiele um einen besseren Tabellenplatz statt, denn die Paarung der Gegner ist ohne Einfluß auf die Tabelle. Das einzigste ist in

Trotha. Hier stellt sich Teicha. Beide sind alte Rivalen und werden einen zähen Kampf liefern. In

Halle: Sandanger: Viktoria 1—Diemitz 1; Stadion: Minerva 1—Teutonia 1;
Dölau: Fortuna 1—Sportlust 1;
Lieskau: Mötzlich 1—Lieskau 1;
Lettin: Könnern 1—VfB Lettin 1;
Nietleben: Askania 1—Wörmlitz 1;
Döllnitz: Langenbogen 1—Döllnitz 1.
Alle Spiele beginnen ½15 Uhr.

Fußball-Gesellschaftsspiele

Halle: Gimritzer Damm: ½15 Uhr: FSV 1—ASV 1;
Brandberge: Cröllwitz 1—Gröbers 1;
Reideburg: ½15 Uhr: Giebichenstein 1—Reideburg 1;
Bruckdorf: ½15 Uhr: Sportbrüder 1—Bruckdorf 1;
Reinsdorf: ½13 Uhr: Brachstedt 1—Reinsdorf 1;
Ostrau: 14 Uhr: Brachwitz 1—Ostrau 1;
Wettin: ½15 Uhr: Langenbogen 1—Wettin 1.

Sportplatz Merseburger Straße, Halle

½15 Uhr Atlas 1—Cöllme 1.
½13 „ Atlas 2—Cöllme 2.
½12 „ Atlas 2. Jgd.—Viktoria Jgd.
½11 „ Atlas 2—Teicha 1 (Handball).
½10 „ Atlas 1. Jgd.—Wörmlitz Jgd.

Handballspiele

14 Uhr: FSV Süd 1—Nietleben 1; 11 Uhr: FSV Nord 1 gegen Osmünde 1.

15 Uhr: Seeben 1—Reideburg 1; 15 Uhr: Dieskau 1 gegen Reinsdorf 1; 15 Uhr: Nauendorf 1—Achilles 1; 10 Uhr: Sennewitz —Cröllwitz 1; 10 Uhr: Eisdorf 1—Wörmlitz 1.

Bezirk Halle, Handballsparte

Die Handballbörse, welche am Montag, dem 11. Februar, stattfinden sollte, muß aus technischen Gründen ausfallen. Selbige findet daher erst am 25. Januar, 19 Uhr, im „Friedrichsgarten", Friedrichstraße, statt.

Müller.

Am Sonntag, dem 10. Januar, findet in Greppin ein Schirikursus statt. Prüflinge haben sich für den ganzen Tag einzurichten. Anfang 9 Uhr vormittags. Lokal Schmidt. 11.30 Uhr daselbst Börse. Außerdem haben alle Vereinsspielleiter dort zu erscheinen.

Kranhold, Obmann.

Wer ist Theodor Kretzschmar?

Am 19. Dezember fand in Berlin ein Prozeß statt, den der Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes Kretzschmar gegen unseren Genossen Benjamin veranlaßte. Kretzschmar fühlte sich durch die Veröffentlichung eines Artikels im „Oppositionellen Arbeiter-Samariter" unter der Ueberschrift „Wer ist Theodor Kretzschmar?" beleidigt.

Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Verhalten Kretzschmars. So hat er, wie in dem Artikel behauptet wird, in Nürnberg eine Versammlung frühzeitig verlassen, weil er am nächsten Tage eine wichtige Kreiskonferenz außerhalb Nürnbergs besuchen müsse. Der sozialdemokratische Parteisekretär K. traf K. aber am nächsten Tage noch in Nürnberg. Weiter wurde behauptet, daß K. anläßlich des Arbeiter-Turn- und Sportfestes 1929, als er betrunken war, in einem Lokal zum allgemeinen Gaudium sich benommen habe.

Die Gewährsmänner des Gen. Benjamin waren in Nürnberg unter Eid vernommen worden. So bestätigte die Wirtin über die Vorgänge im Lokal, daß K. angetrunken war und anständig gezecht habe. Die Kellnerin des Lokals sagte aus, daß K. sie veranlassen wollte, im Lokal abzurechnen, sie solle mit ihm gehen, bei ihm könne sie mehr verdienen. K. sei auch vom Stuhl gefallen oder habe sich neben den Stuhl gesetzt. Es habe ein allgemeines Gaudium gegeben.

Loßmann, der Parteisekretär der Sozialdemokratie, mußte die Richtigkeit des eingangs erwähnten Vorganges bestätigen. Ein anderer Zeuge bestätigte, daß sehr stark getrunken worden sei. Dasselbe mußte auch der Hauptkassierer des Arbeiter-Samariter-Bundes, Richter-Chemnitz, zugeben. Er sei eben lustig gewesen. **Auch die Tatsachen mit den Frauen mußte Richter zugeben. Wieweit** diese Dinge gediehen waren, kommt dahin zum Ausdruck, daß Richter zum K. gesagt habe: **„Komm, Theodor, jetzt ist es genug".**

Kretzschmars Verteidiger versuchte die Vorgänge damit zu erklären, daß es in Bayern eben gemütlicher zuginge als in Norddeutschland. Die Hitze habe daran Schuld gehabt und wenn auch „unpassende Witze" gefallen wären, so sei dies nicht besonders tragisch zu nehmen. Eine politische Hetze sollte alsdann dem Verteidiger die Möglichkeit geben, abzulenken.

Der Verteidiger des Gen. Benjamin hielt den Wahrheitsbeweis über die Behauptungen des Artikels für erbracht. Gen. Benjamin entgegnete besonders dem Verteidiger Kretzschmars. Er wies darauf hin, daß unter den Zeugenaussagen auch solche von politischen Freunden Kretzschmars seien. Mit aller Entschiedenheit wandte er sich gegen die Behauptung, die oppositionellen Arbeiter-Samariter seien alle Mitglied der Partei. Es handelt sich um Samariter, die sowohl gegen den Kurs des Arbeiter-Samariter-Bundes als auch mit der Leitung des Bundes durch Kretzschmar nicht einverstanden seien.

Nach der Beratung des Gerichtes wurde Gen. Benjamin zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung hieß es, daß K. wohl etwas zuviel getrunken habe, aber in einer bayrischen Stadt herrsche eben ein gemütlicherer Zug. Man sei doch so etwas gewöhnt. Nach Meinung des Gerichts sei der Wahrheitsbeweis im wesentlichen nicht gelungen.

Also trotz der Zeugenaussagen, trotz der erwiesenen Tatsachen bei den Vernehmungen des Gerichtes ist also die Ehre Kretzschmars wieder gerettet!

Wählt Delegierte zur Einheitskonferenz

aller werktätigen Sportler am 24. Januar, vorm. 10 Uhr, in Eisleben in der Ludwig-Jahn-Turnhalle.
Gegen Raub von Sportplätzen und Hallen
Gegen Besteuerung der Sportanlagen und Heime
Für die Einheit aller werktätigen Sportler
Vereine des Eislebener Bezirks, sorgt für Delegierte aus den bundestreuen und bürgerlichen Vereinen!
Jeder rote Sportler bereitet die Konferenz vor!

Achtung, Vereine des Eislebener Bezirks!

Einheitskonferenz werktätiger Sportler

Die für Sonntag, den 10. Januar, angesetzte Einheitskonferenz findet erst am Sonntag, den 24. Januar, in Eisleben, Ludwig-Jahn-Turnhalle, statt. Trefft stärkste Vorbereitungen!

VEREINSMITTEILUNGEN

HFC Sportlust 07. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Generalversammlung am 16. Januar im Lokal „Friedrichsgarten" stattfindet. Anträge sind bis zum 13. Januar beim Genossen P. Böhme sen. einzureichen. Alles muß erscheinen. Anfang 20 Uhr.
J. A.: Blume.

Turn- und Sportverein Wörmlitz-Böllberg. Unsere Jahres-Hauptversammlung findet am Sonnabend, dem 16. Januar, im Lokal Körner (Gasthof Wörmlitz), 20 Uhr, statt. Restloses Erscheinen unbedingt notwendig.
W. Woita.

Atlas Halle. Am Sonnabend, dem 9. Januar, 19.30 Uhr, findet in der „Granate" unsere Generalversammlung statt. Pünktliches und restloses Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. — Mittwoch, den 6. Januar, 20 Uhr, Gesamtvorstandssitzung.
Der Vorstand.

TV „Die Naturfreunde" Halle, E. V. Am Freitag, dem 15. Januar, Generalversammlung im Heim. Anträge bis 12. Januar an den Vorstand. Sonnabend, den 16. Januar, im „Volkspark" 222-Feier.

Bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern

haben sich Togal-Tabletten hervorragend bewährt. Zahlreiche Dankschreiben über Togal bei veralteten Leiden, bei denen kein anderes Mittel half! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apoth. 12,6 % Lith., 0,46 % Chin., 74,3 % Acid. acet. salic

Aus dem Geschäftsverkehr

M. & W. Notverordnung! Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Firma Messow & Waldschmidt in Zeitz, das Haus der guten Qualitätswaren und der anerkannt niedrigen Preise, hat eine Notverordnung, aus Anlaß der beendeten Inventur, erlassen.

Alle Ausverkaufsartikel haben einen Preissturz erlebt, so daß der diesjährige Inventur-Ausverkauf bei **Messow & Waldschmidt in Zeitz,** nicht nur eine Sensation für alle, sondern auch **eine Notverordnung zum Kaufen** ist, damit weiteren Kreisen der Industrie wieder größere Aufträge zugeführt werden können und vielen Arbeitslosen hierdurch Beschäftigung und Verdienst geboten wird. Deshalb, wer jetzt mit dem Kaufen zurückhält, schädigt sich selbst und die Allgemeinheit.

Wir möchten auch an dieser Stelle auf die Beilage der Firma Messow & Waldschmidt in Zeitz, welche der heutigen Auflage beiliegt, ganz besonders hinweisen.

Was verstehen wir unter Gicht und Rheumatismus? Soweit bis jetzt festzustellen ist, eine Anhäufung von harnsauren Salzen in den Geweben. Da die Harnsäure an allen gichtischen und rheumatischen Prozessen beteiligt ist, zielt die moderne Heilkunst darauf ab, eine Ausscheidung der auf diese Weise angehäuften Giftstoffe zu bewirken. Diese Aufgabe erfüllen die Togal-Tabletten in besonderem Maße. Die oft überraschenden Erfolge wurden von über 6000 Aerzten anerkannt und vielen Laien gerühmt.

Der heutigen Auflage des „Klassenkampf" für Eisleben und nähere Umgebung liegt ein Prospekt der bekannten Firma A. Goldstein, Eisleben, bei, auf welche wir unsere Leserschaft besonders aufmerksam machen.

Der heutigen Auflage des „Klassenkampf" für Eisleben und nähere Umgebung liegt ein Prospekt der bekannten Firma S. u. M. Crohn, Eisleben, bei, auf welchen wir hiermit besonders hinweisen.

Der heutigen Auflage des „Klassenkampf" für Weißenfels liegt ein Prospekt der Firma C. August Tischer, Weißenfels, bei, auf welchen wir besonders aufmerksam machen.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, 9. Januar

6.30 Uhr: Funkgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert. 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm. 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 12 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12.10—14.30 Uhr: Mittagskonzert. Dazwischen 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. 14.30 Uhr: Bastelstunde für die Jugend. 15.15 Uhr: Blick in Zeitschriften. 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Stunde der Jugendlichen. 16.30—16.45 Uhr: Funkberatung. 17 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.30 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend Deutsch. 18.50 Uhr: Die Berufsnot junger Menschen und die akademische Berufsberatung. 19.05 Uhr: Fortschritte der Physik und Technik 1931. 19.30 Uhr: Musik für Violine und Klavier. 20 Uhr: Nord—Süd. Funk-Potpourri für Soli, Chor und Orchester. 22 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Sonnabend: Schwache bis mäßige Winde, zwischen West und Nord schnell wechselnde Bewölkung mit einzelnen leichten Schauern im Flachlande und mäßigen Schneeschauern in den Gebieten des Harzes.

Verantwortlich: Gustav Doll, Halle, für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Hosenträger billigst Gummi-Bieder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0007

Walhalla

8 Uhr mit größtem Erfolg

Die Fledermaus

Rosalinde: Herta Glarg als Gast

Sonntag 4 Uhr: **Familien-Vorstellung**
Die Fledermaus i. d. Abendbesetzung
Kleine Preise: 0,50—2,50 M.
Jeder Erwachsene ein Kind frei
Kaffee mit Kuchen 0,30 M.

Stadt-Theater

Heute Freitag
20 bis nach 23 Uhr
Die Blume von Hawai
Operette von
Paul Abraham

Sonnabend
20 bis geg. 23.30 Uhr
Im weißen Rößl
Revue-Operette von
R. Benatzky

Federbetten
mit so guter Füllung

so mollig und dauerhaft
und trotzdem ungeahnt billig
im führenden Bettenhaus

Oberbett	13.50	22.—	31.—	42.—	56.—	64.—
Unterbett	11.—	17.—	26.—	34.50	46.—	57.—
1 Kissen	3.50	6.50	8.50	13.50	16.50	18.50
pro Stand	28.—	45.50	65.50	90.—	118.50	139.50

Bettfedern, Daunen, Inletts und Drelle in allen Sorten und Preislagen konkurrenzlos billig!
Beste Bettfedern-Reinigung unübertroffen an Gründlichkeit, Leistungsfähigkeit und schonendster Behandlung. Jederzeit in Betrieb. Abholen u. Zubringen kostenfrei! Auf Wunsch Zahlungserleichterung!

Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9 (3 Min. v. Markt).

Preise sind sehr billig geworden!

Die guten Qualitäten sind geblieben!

Reine Naturbutter . . . Pfund **116**
Feinste Margarine . . . Pfund **72**
Reines Schweineschmalz Pfd. **42**
Sehr gute Margarine . . Pfund **36**
Salami . . . . ¼ Pfund **28**
Prima Speck . . . . Pfund **76**

BUTTER KRAUSE

III. Städt. Sinfoniekonzert
im Stadttheater
Sonntag, den 10. Januar 1932, 11 Uhr
Leitung: Generalmusikdir. E. Band

HAYDN-FEIER

Solisten:
Elisabeth Grunewald (Sopran) — Fanny Kölblin (Alt) — Alfred Grüninger (Tenor) — Walter Streckfuß (Baß) — Hans Heinrich (Violine) — Otto Kleist (Violoncello) — Richard Freudenberg (Oboe) — Adolf Karl (Fag.)

Vortragsfolge:
* 1. Sinfonie A-Dur.
2. Sinfonia concertante für Violine, Violoncello, Oboe, Fagott und Orchester (Op. 84).
* 3. Fünf walisische Volkslieder mit Begleitung von Violine, Violoncello und Klavier.
4. Drei Vokalquartette für Sopran, Alt, Tenor, Baß m. Klavierbegl.
5. Sinfonie G-Dur (m. dem Paukenschlag).

* Erstaufführungen.

Flügel aus dem Magazin
Albert Hoffmann, Leipziger Str.
Preise: Von 0,60 M. bis 3.— M.
Vorverkauf: Kasse des Stadttheaters.

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels
Fischgasse

Lumpen
Zeitungen
Knochen
kauft
A. Bode
Große Klausstraße 22

Mein
INVENTUR-AUSVERKAUF
hat begonnen!
Die Preise sind bis zur äußersten Grenze herabgesetzt!

10 Prozent Rabatt oder doppelte Rabattmarken

Bettenhaus Nell
Merseburg, Roßmarkt 3 / Gegr. 1881

Allerfeinste Schweineleber 78 Pf.

Preise billiger!
Geräucherter Speck . nur 78 ₰
Bauchspeck, geräuchert . . 88 ₰
Schweinebauch, frisch . . . 66 ₰
Schweinskopf, frisch . . . 34 ₰

Ganz hochfeinschmeckende
Landleberwurst 1 Pfund nur **70** ₰

Nur hiesige Schlachthofware
Frische Rinderbrust . .
Rippe, Kamm . . . . .
Rindgehacktes . . . . .
Goulaschfleisch . . . .
58 ₰

A. Knäusel Butter, Wurst Fleischwaren

Unglaublich billige Preise
bietet Ihnen mein

Inventur-Ausverkauf

Ueberzeugen Sie sich

Jmmisch
Zeitz Wendische Str. 26 (Homberg-Uhr)

Geschäftseröffnung

Einer geehrten Einwohnerschaft von Merseburg und Umgegend zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich

Donnerstag, den 7. Jan. 1932, in Merseburg, Breite Str. 7, ein

Kolonialwarengeschäft mit Hausschlächterei

eröffnet habe. Es ist mein Bestreben, nur mit bester Ware zu dienen.

Um gütigen Zuspruch bittet

Anna Stöpke
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Donnerstag: Schlachtefest

Total-Ausverkauf

Schuhhaus Burkhart
Zeitz, Kramerstraße 5/6

Zum
Inventur-Ausverkauf
bei
Hennicke, Merseburg, Johannisstraße 4
Herren- u. Knabenkleider
noch billiger selbstverständlich bei hoher Qualität

Kleiderstoffe, Wäsche
Strickwaren, Trikotag.
während des
Inventur-Ausverkaufes
kauft man im Etagen-Geschäft
Bertha Schröder, Zeitz
Neumarkt 19
gegenüber der Kramerstraße

So steht mein Preisabbau aus
Haarschneiden, h'lang, ¹/₁₀-3 mm **40** ₰
„ „ für Kinder . **25** ₰
Bubikopf verschneiden . . **40** ₰
„ „ f. Kind. **25** ₰
Rasieren mit Kölnisch Wasser **15** ₰
Trotz niedrigster Preise saubere Arbeit
W. Wassermeyer
Merseburg, Große Ritterstraße 18

Weit herabgesetzte Preise!
Küchen
weißlackiert, farbig und naturlasiert, formschön, gediegen
255.- 205.- 165.- 110.- 92.-
85.- 72.- RM.
Große Auswahl!
Gebr. Jungblut
Halle (Saale)
Albrechtstr. 37

Geschäftseröffnung

Einer geehrten Einwohnerschaft geben wir hiermit bekannt, daß wir das Lokal

Promenadenrestaurant

selbst wieder übernommen haben. Es wird unser Bestreben nach wie vor sein, die uns beehrenden Gäste auf das Beste zu bedienen.

Um gütigen Zuspruch bitten

I. V. Otto Nottrott u. Frau

Eröffnungsfeier:
Dienstag, den 12. Jan. 1932

Konsum-Verein für Sangerhausen und Umgegend e. G. m. b. H.

Sonntag, den 17. Januar 1932, vormittags 8.30 Uhr im Restaurant „Herrnkrug" in Sangerhausen

außerordentliche Vertreterversammlung

Tagesordnung: Wahl des Genossenschaftsrates.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Otto Agte

Mehl-Zentrale Zeitz

Altmarkt 13 im Hof

Weizenmehl Pfd. von **20** ₰ an
Gerstenschrot, Hühnerfutter
Weizen- und Roggenkleie
Hafer — Weizen — Mais

J. Dickens Lederhandlung / Ausschnitte u
Schuhmacherbedarfsartikel
Weißenfels, Jüdenstraße 24

Blutfrische Seefische

Vollfettheringe, 10 Stück nur **45** Pf.
Echte Sprotten, Kiste . . . . **33** Pf.
Hugo Schädel / Zeitz

Gebt für die Rote Hilfe

In unserem großen

Inventur-Ausverkauf

werden die noch in reicher Auswahl vorhandenen Bestände:

Damen-Mäntel in bester Atelier-Verarbeitung mit Edel-Pelzwerk sowie Damen-Kleider, Wolle und Seide, Damen-Kostüme und Complets

durch außerordentlich tiefe Preissenkung eine ungewöhnlich billige Kaufgelegenheit

Ausverkauf von 9—19 Uhr

Merseburg Dobkowitz Leuna

Kein Umtausch / Barverkauf / Keine Auswahlsendungen

Markt-Kleinhandelspreise für Halle am 7. Januar 1932

Obst und Gemüse:		Pf.
Tafeläpfel	1 Pfd.	10—20
Aepfel, Eß-	1 Pfd.	5—10
„ Fall- und Mus-	1 Pfd.	3—10
Kochäpfel	1 Pfd.	3—10
Tafelbirnen	1 Pfd.	10—15
Birnen, Eß-	1 Pfd.	10
Kochbirnen	1 Pfd.	10
Mandarinen	1 Pfd.	25—30
Bananen	1 Stck.	5—10
Apfelsinen	1 Stck.	5—10
Preißelbeeren	1 Pfd.	—
Himbeeren	1 Pfd.	—
Kirschen, süße	1 Pfd.	—
Kirschen, saure	1 Pfd.	—
Hagebutten	1 Pfd.	—
Pfirsiche	1 Pfd.	—
Pflaumen	1 Pfd.	—
Stachelbeeren	1 Pfd.	—
Weintrauben	1 Pfd.	50—60
Aprikosen	1 Pfd.	—
Tomaten	1 Pfd.	40—45
Nüsse, Wal-	1 Pfd.	30—50
Haselnüsse	1 Pfd.	—
Bohnen, weiße	1 Pfd.	20—25
Gurken, Einlege-	1 Pfd.	—
„ Senf-	1 Pfd.	50
„ Salat-	1 Pfd.	—
„ Pfeffer-	1 Pfd.	40—50
Radieschen	1 Bd.	—
Rhabarber	1 Pfd.	—
Spargel	1 Pfd.	—
Weißkohl	1 Pfd.	5
Rotkohl	1 Pfd.	8—10
Wirsingkohl	1 Pfd.	5—8
Blumenkohl	1 Kopf	30—60
Grünkohl	1 Pfd.	5
Rosenkohl	1 Pfd.	15—20
Salat	1 Kopf	10—30
Spinat	1 Pfd.	5—8
Mohrrüben	1 Pfd.	5
Kohlrüben	1 Pfd.	5—6
Rote Rüben	1 Pfd.	5—8
Kohlrabi	1 Stck.	5
Zwiebeln	1 Pfd.	8—10
Rapünschen	1 Pfd.	40
Schwarzwurzel	1 Pfd.	25—30
Kürbis	1 Pfd.	—
Sellerie	1 Stck.	10—20
Porree	1 Bdl.	10—20
Fische:		Pf.
Kabeljau	1 Pfd.	35
Schleie	1 Pfd.	140

		Pf.
Hechte	1 Pfd.	110
Fr. Aal	1 Pfd.	180
Goldbarsch	1 Pfd.	35
Weißfisch	1 Pfd.	40—100
Gr. Heringe	1 Pfd.	25
Heringe, Norw.	1 Stck.	—
Heringe, Schott.	1 Stck.	5—15
Bücklinge	1 Pfd.	50
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	60
Schellfisch	1 Pfd.	30
Aal, ger.	1 Pfd.	300
Karpfen	1 Pfd.	110
Seelachs, ger.	1 Pfd.	—
Seelachs	1 Pfd.	—
Wild und Geflügel:		Pf.
Enten	1 Pfd.	100—120
Gänse	1 Pfd	100—120
Kleine Gänse	1 Stck.	—
Hühner	1 Pfd.	60—70
Rebhühner	1 Stck.	—
Tauben	1 Stck.	40—70
Junge Hähne	1 Pfd.	—
Kleine Enten	1 Stck.	—
Kleine Kücken	1 Stck.	—
Hasen im Fell	1 Pfd.	70—75
Hasen, ausgeschl.	1 Pfd	100—120
Rehfleisch	1 Pfd.	80—160
Hirschfleisch	1 Pfd.	50—140
Kaninchen, Stall-	1 Pfd	70—80
Kaninchen, wild	1 Pfd.	60—70
Enten, wild	1 Stck	100—200
Fasanen	1 Stck.	180—325
Sonstiges:		Pf.
Butter, Molk.	1 Stck	70—75
Butter, Bauern-	1 Stck	55—65
Quark	1 Pfd	25—35
Käse	1 Stck	5—20
Pflaumenmus	1 Pfd	45—50
Kartoffeln, w.	10 Pfd.	35
Kartoff., Nier.-	10 Pfd	100
Eier	1 Stck	12—13
Zitronen	1 Stck	4—5
Meerrettich	1 Stck	20—40
Rettich	1 Stck	5—10
Petersilie	1 Pfd	50
Schnittlauch	1 Bd.	10
Schoten	1 Pfd	—
Rübensaft	1 Pfd	30
Pilze:		Pf.
Champignon	1 Pfd	180
Pfifferlinge	1 Pfd.	—
Steinpilze	1 Pfd.	—

Fleisch- und Wurstwaren:

Rindfleisch:		Pf.
Kochfleisch	1 Pfd.	60—70
Bratenfleisch	1 Pfd.	[illegible]0—100
Kalbfleisch:		
Kochfleisch	1 Pfd.	[illegible]—80
Bratenfleisch	1 Pfd.	[illegible]0—100
Hammelfleisch:		
Kochfleisch	1 Pfd.	[illegible]0—70
Bratenfleisch	1 Pfd.	[illegible]0—90
Schweinefleisch:		
Kamm und Koteletten	1 Pfd.	80—90
Bauch und fettes Fleisch	1 Pfd.	70—75
Gefrierfleisch	1 Pfd.	—

Ziegenfleisch	1 Pfd.	50—60
Roßfleisch	1 Pfd.	40—60
Wurstwaren:		Pf.
Schlackwurst	1 Pfd	130—160
Knackwurst	1 Pfd	80—120
Schwartenwurst	1 Pfd	60—90
Rotwurst, frisch	1 Pfd	60—90
Leberwurst, frisch	1 Pfd	60—90
Rotwurst, ger.	1 Pfd.	60—90
Leberwurst, ger.	1 Pfd.	60—90
Zervelatwurst	1 Pfd	160—180
Schinken, roh	1 Pfd.	130—180
Schinken, gek.	1 Pfd.	160—180
Speck, fett, ger.	1 Pfd.	80—90
Speck, mag., ger.	1 Pfd.	100—120

Sonnabend, den 9. Januar
beginnt unser

Inventur-Ausverkauf

A. Goldstein / Eisleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0008

Kameraden! Kameradinnen!

An alle Ortsgruppen und Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus in den Hochwassergebieten!

Verheerende Hochwasserkatastrophen in verschiedenen Teilen Deutschlands treffen in ihrem Vernichtungsschlag mit furchtbarer Härte die Aermsten der Armen! Wie immer hilfsbereit gegenüber den Hungernden und Unterdrückten stellen wir uns als antifaschistische Kampfbündler zur Verfügung, um Leben und die wenigen Habseligkeiten der werktätigen Bevölkerung, die von der Naturkatastrophe betroffen wird, zu retten. Wie immer, so sind es auch diesmal die Kommunisten, die Schutz- und Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen fordern.

Das mutige und tapfere Eingreifen unserer Chemnitzer Kameraden bei der Hochwasserkatastrophe in Chemnitz — trotz politischer Schikanen, denen sie in skandalöser Weise ausgesetzt sind — ist uns Beispiel.

Die Reichsleitung ruft in diesem Sinne alle Kameraden und Kameradinnen in den vom Hochwasser betroffenen Gebieten zur proletarischen, solidarischen Hilfeleistung auf. Unsere Hilfe gilt den Armen — unser Kampf wird geführt gegen die Reichen, für die Armen in Stadt und Land.

Immer und stets sturmbereit!

Die Reichsleitung des Kampfbundes und der Kampfbundjugend gegen den Faschismus.

Das Buch des Genossen Remmele findet reißenden Absatz

Von der Unterbezirks-Leitstelle Weißenfels-Naumburg wird uns mitgeteilt:

Ein Funktionär der Ortsgruppe Weißenfels setzte in der Zeit von wenigen Tagen 30 Exemplare des Remmele-Buches „Die Sowjetunion" ab. Auf die Frage, wer die Käufer sind, gab er zur Antwort, daß es hauptsächlich nationalsozialistische und sozialdemokratische Beamte und Angestellte sind. Der Genosse hofft, in den nächsten Tagen weitere 20 Exemplare absetzen zu können.

Die Ortsgruppe Teuchern, die schon seit Monaten auf dem Gebiet des Literertriebes an der Spitze steht, hat zwanzig Exemplare des Remmele-Buches verkauft. Die Abrechnung der Ortsgruppe an die Unterbezirksleitstelle betrug 116 Mark.

Die Ortsgruppe Theißen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres keinen Absatz an Literatur hatte und das gelieferte Material an die Leitstelle zurückgab, hat sich nun aufgerafft und für zehn Mark Literatur verkauft.

Weiter so! Ueberall Massenvertrieb der kommunistischen Literatur!

Schkeuditz. Elsterwiesen überflutet. Hier wurde am Mittwoch nachmittag am Pegel beim Elektrizitätswerk ein Wasserstand von 1,72 Meter über Normal gemessen. Die Wiesen in der Elster- und Luppeaue stehen weithin unter Wasser. Das Lokal „Bürgergarten" bildet eine Insel und ist nur auf einem schmalen Fußweg zu erreichen.

Lenin-Liebknecht-Luxemburg mahnen zum Kampf!

Im Januar werden acht Jahre seit dem Tode **Lenins** und dreizehn Jahre seit der Ermordung von **Rosa Luxemburg** und **Karl Liebknecht** vergangen sein.

Dieser Jahrestag kann und muß zu einer revolutionären Massenkampagne werden. Die kommunistischen Parteien haben schon die Vorbereitung für diese Kampagne begonnen, die sich durch Massenaktionen unter den Kampflosungen der Komintern und der kommunistischen Parteien auszeichnen muß.

Die Hauptaufgaben dieser Kampagne sind die Ausstattung der breitesten Massen mit den historischen Erfahrungen des Bolschewismus, die Festigung und die Steigerung der bolschewistischen Stählung der kommunistischen Parteien und der kommunistischen Jugendverbände.

Je besser die ideologische Mobilisierung innerhalb der Parteien durchgeführt wird, je breiter die Parteien die Kampagne in den Massen, insbesondere in den Großbetrieben und unter den Erwerbslosen, entfalten werden, um so erfolgreicher wird sich der Kampf entfalten für den Ausweg aus der Krise, der zum Siege des Proletariats, zur Ueberwindung der kapitalistischen Herrschaft führt, für die revolutionäre Verteidigung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und der chinesischen Revolution, dieser größten Errungenschaften des Weltproletariats und der größten Denkmäler für Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, durch die vereinten Kräfte der Werktätigen aller Länder.

Die Januar-Kampagne, die angesichts einer nie gesehenen Tiefe der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern und angesichts des mächtig aufstrebenden Sozialismus in der Sowjetunion (die baldige Beendigung des 1. Fünfjahrplans und der Beginn der Aufstellung des 2. Fünfjahrplans), angesichts eines wachsenden revolutionären Aufschwungs in der ganzen Welt und des tatsächlichen Beginns des imperialistischen Krieges (Mandschurei) durchgeführt wird, wird, falls die Kampagne erfolgreich vorbereitet wird, dem Kampf der Partei **für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse** einen mächtigen Anstoß geben. Diese Kampagne wird sich im Zeichen der weiteren Erschütterung der Massenbasis der Sozialdemokratie und der Verankerung der Partei in den Großbetrieben vollziehen. Die Resultate der Kampagne werden vor allem nach den Resultaten der Massenwerbung neuer Partei- und KJV-Mitglieder und vor allem nach den Resultaten dieser Werbung in den Großbetrieben und unter den Erwerbslosen beurteilt werden können.

Die möglichst restlose Rüstung der breiten ausgebeuteten und unterdrückten Massen mit dem Leninismus — dieser genialen „Theorie und Taktik der proletarischen Revolution überhaupt, der Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen" (Stalin) — ist die Kampfaufgabe der Kommunisten angesichts der herannahenden Klassenkämpfe.

Für das Proletariat aller Länder sind die Erfahrungen der Bolschewiki aus den drei Revolutionen (erste Revolution im Jahre 1905, Februar- und Oktober-Revolutionen des Jahres 1917) von außerordentlich großer Bedeutung.

In der Revolution des Jahres 1905, die Lenin die „Generalprobe des Oktober" genannt hat, stürmte das Proletariat an der Spitze der werktätigen Massen gegen den Absolutismus an, es ging gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten unter der bolschewistischen Losung der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, vor sich die große Perspektive der **Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische.** Die Bolschewiki haben unter der Führung Lenins die Lehren der Revolution von 1905 verallgemeinert. Diese Erfahrungen sind in den eisernen Bestand der proletarischen Weltrevolution eingegangen. Diese Erfahrungen sind von außerordentlich großer Bedeutung, insbesondere für jene Länder, in denen sich die verspätete bürgerliche Revolution unter den Bedingungen des scharfen Klassenkampfes, weniger zwischen der Bourgeoisie und den Feudalherren, als vielmehr zwischen allen Werktätigen und Unterdrückten mit dem Proletariat an der Spitze einerseits — und den Feudalherren und Kapitalisten — andererseits, vollzieht.

Die Lehren des Jahres 1905 ermöglichten es Lenin, jenen strategischen Generalplan auszuarbeiten, der das Proletariat zuerst im Februar und nachher im Oktober 1917 zum Siege führte. Dieser leninistische strategische Plan ist die Grundlage der gesamten Politik der KPSU in der Periode der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus. Die leninistische Strategie und die leninistische Taktik sind die Grundlage der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt.

Die Erfahrungen der Bolschewiki in der Februar-Revolution 1917, ihre Taktik in der Zeit zwischen dem Februar und Oktober im Kampf um den revolutionären Ausweg aus dem Krieg, gegen alle Ueberreste des Zarismus, gegen die bürgerliche Provisorische Regierung, gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, um die völlige Isolierung dieser kleinbürgerlichen Parteien, der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse, um die Eroberung der Hauptmassen der Bauernschaft als festen Verbündeten des Proletariats im Kampfe um die Macht, die Eroberung der werktätigen Massen der früher vom Zarismus unterdrückten Nationalitäten für die proletarische Revolution, der Kampf um die bolschewistischen Sowjets, um die Macht der Sowjets, um die Oktober-Revolution als erste Etappe der proletarischen Weltrevolution, die Erfahrungen bei der Organisierung des Aufstands und der Machteroberung, die Rolle der Massen in diesen geschichtlichen Kämpfen sowie die Rolle der Partei Lenins in ihnen sind von allergrößter Bedeutung für die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien aller Länder.

Für alle Länder ohne Ausnahme erfordert der gegenwärtige Augenblick die breiteste Popularisierung der Lehre Lenins über die Hegemonie des Proletariats im revolutionären Kampfe, über die Rolle des Proletariats als Führer aller Werktätigen in Stadt und Land in ihrem Kampfe gegen Elend und Hunger, gegen die Ausbeutung und politische Unterdrückung, gegen die soziale und nationale Unterdrückung, gegen das gesamte kapitalistische System. Die Lehre Lenins über die Verbündeten des Proletariats und insbesondere über das **Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft,** über die führende Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bündnis, ist für alle Länder von aktueller Bedeutung.

Die Aufgabe der **Organisierung der Einheitsfront** aller Ausgebeuteten und Unterdrückten unter der Führung des Proletariats wurde von Lenin auf das Niveau des Weltproblems des revolutionären Bündnisses des Proletariats der fortschrittlichen kapitalistischen Länder mit den versklavten Völkern der Kolonien und Halbkolonien gehoben. Die Popularisierung dieser Aufgabe ist von außerordentlich aktueller Bedeutung sowohl für die imperialistischen Länder als auch für die abhängigen und halbabhängigen Länder der beiden Halbkugeln.

Infolge des Wachstums der kommunistischen Parteien in den Ländern Mitteleuropas und infolge der raschen Heranbildung neuer Kader, die noch nicht genügend bolschewistisch gestählt sind, erlangt das Problem ihrer theoretischen Schulung in allen kommunistischen Parteien besondere Schärfe. Der Zustrom einer bedeutenden Zahl von besten sozialdemokratischen Arbeitern in die Partei, der einen gewaltigen Sieg des Kommunismus darstellt, verstärkt gleichzeitig die Gefahr der sozialdemokratischen Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien. Angesichts des wachsenden Faschismus ist die Gefahr der Verbreitung von anarchistischen und putschistischen Stimmungen nicht minder groß.

Daher die größte Bedeutung der bolschewistischen Erfahrungen des Zweifrontenkampfes, der Erfahrungen des unermüdlichen Kampfes um die Reinheit der marxistisch-leninistischen Lehre. Die Januar-Kampagne hat die Aufgabe, neben der breiten bolschewistischen Agitation in den Massen, an der Front der theoretischen Arbeit der Parteien eine Wendung zum Besseren zu bewirken.

Merseburg. Ausuferung der Saale. Durch die über das Ufer getretene Saale wurden am Neumarkt eine ganze Anzahl Keller unter Wasser gesetzt. Die Straße Merseburg—Burgliebenau ist in einer Höhe von etwa 70 Zentimeter vom Hochwasser bedeckt.

Naumburg. Die bestohlene Winterhilfe. In der Nacht zum 11. Dezember wurde im Lager der Winterhilfe ein Einbruch verübt. Wäsche und andere Sachen fielen den Tätern in die Hände. Der Verdacht fiel auf zwei Männer, die in der betreffenden Nacht mit einem großen Reisekorb gesehen worden waren. Dieser Korb wurde jetzt von der Polizei ermittelt. Er sollte mit der Bahn nach auswärts gehen. Der größte Teil der gestohlenen Sachen befand sich noch darin.

Unser Feldzug gegen die Presse der Volksfeinde

Auf der am Sonntag, dem 10. Januar, vorm. 9 Uhr, in Halle, „Wintergarten", stattfindenden

Bezirkspressekonferenz der politischen Zeitungsobleute

werden die „Roten Agitatoren", „Alarm" und „Roten Schmiede" mitwirken.

Zutritt nur gegen Parteiauswels und Delegierten- oder Gastkarte.

Bezirksleitung, Verlagsleitung.

Maschinenstürmerei in der Bürgerpresse

Auch die „Leipziger Neuesten Nachrichten" gegen den technischen Fortschritt. Die Spenglersche „Philosophie" vom Untergang findet immer weitere Anhänger

Vor einigen Tagen hatten wir mit Hilfe einer Uebersetzung aus der „Pravda" zu der von Spengler propagierten „Lebensphilosophie" Stellung genommen und gezeigt, daß diese „Philosophie" nichts anderes ist als ein Ausdruck der Minderwertigkeitsgefühle, von denen die bürgerlichen Ideologen angesichts des Herannahens der proletarischen Revolution befallen werden. Spengler und seine Gesinnungsgenossen meinen, mit der proletarischen Revolution sei alles zu Ende. Dieses Ende sei durch die Entwicklung der Technik bestimmt, die den Menschen zum Sklaven der Maschine mache. In der von uns veröffentlichten Uebersetzung aus der „Pravda" wurde treffend nachgewiesen, daß die proletarische Revolution nicht das Ende der Technik, Zivilisation und Kultur bedeutet, sondern den Anfang eines sprunghaften und dauernden Aufstieges der Menschheit.

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 6. Januar befindet sich ein Artikel von einem Universitätsprofessor Dr. Erich Marx, der mit „Erfindung und Krise" überschrieben ist und sich mit der Frage der weiteren Entwicklung der Technik beschäftigt. Dieser Artikel ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Spenglersche Untergangsphilosophie tatsächlich die weitesten Kreise der Menschen erfaßt hat, die im kapitalistischen System die letzte Weisheit sehen. Wir zitieren:

„Wer heute durch die Säle einer unserer großen Maschinenfabriken schreitet, sieht Tausende von Rädern sich bewegen, aber nur ganz vereinzelt sieht er einen Arbeiter; es sieht aus, als ob die Maschinen sich selbständig gemacht hätten. — In Bitterfeld stehen mächtige Hallen, die Kesselanlagen einer der größten deutschen Fabriken. Hier kommen die Braunkohlen von den Baggern direkt in die Kessel, die Asche und Schlacken werden aus den Kesseln maschinell entfernt, Hände wurden entbehrlich. Die Maschinen sind so eingerichtet, daß sie fast ohne Bedienung arbeiten. Ueberall im Großbetrieb das gleiche Bild.

Diese Entwicklung liegt in Richtung des Ideals, das die Technik sich selbst gesetzt hat; sie ist das Ziel des Betriebsingenieurs. Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine steigert die Produktion, ihre Gleichartigkeit und durch die Verbilligung den Absatz. Jahrzehntelang hat jeder Volkswirtschaftler diese Entwicklung begrüßt. Denn nur durch sie ist die Mannigfaltigkeit der äußeren Lebensbedingungen und der steigende Anteil des Arbeiters an diesen im Vergleich mit vergangenen Jahrhunderten relativ enorm gestiegen. Denn wenn auch der Arbeiter, der die Maschine bediente, oft genug unter der Eintönigkeit seiner Tätigkeit zu stöhnen hatte, so hatte er doch Arbeit. Die Beschäftigungsmöglichkeit des übervölkerten Europas ist durch seine Industrialisierung viel größer geworden, als sie ohne diese war. Also, noch bis vor wenigen Jahren schaffte die Maschine den Menschen viel mehr Arbeitsgelegenheit, als sie ihnen nahm. Gewiß, auch zur Zeit ist es noch so. Ohne Maschinenindustrie fänden auch heute noch viel weniger Menschen ihr Brot als mit ihr. Aber zur Zeit scheint hier ein starker Rückgang eingetreten zu sein ... Möglich, daß alle menschliche Organisation und Betriebsamkeit, welche die Zivilisation vorwärts brachte, einmal ein Maximum ihres Segens erreicht. Bisher hatten sich „die Krisen der Maschine" noch immer ausgeglichen. Es fragt sich, ob dies in Zukunft auch der Fall sein wird. In fragwürdiger Gestalt tritt die Krise dieses Mal auf. Möglich, daß wir zur Zeit an einer Wende stehen, in der das industrielle Treiben nicht mehr von klarem Nutzen für die Volksmenge ist, daß neue Erfindungen und Entdeckungen neue Scharen von Arbeitslosen erzeugen. Zu widerlegen ist einem Pessimisten gegenüber diese Möglichkeit sicherlich nicht."

Nein, heute ist es keine Frage mehr, ob die „menschliche Organisation und Betriebsamkeit" des Kapitalismus die Zivilisation vorwärtsbringt. Heute ist es eine einwandfreie Tatsache, daß in den kapitalistischen Ländern die Zivilisation und Kultur mit Riesenschritten dem Verfall entgegengehen.

Doch zum Pessimismus liegt kein Anlaß vor. Der Kapitalismus ist außerstande, den Verfall aufzuhalten. Nun, das siegreiche Proletariat wird den Verfall in einen stürmischen Aufschwung verwandeln. Ein Philosoph wie Spengler, ein Professor wie Marx sind natürlich außerstande, solch einfache Dinge zu begreifen — obwohl sie in der Sowjetunion schon längst harte Tatsachen sind.

„Internationale" billiger

Eine Reihe von Faktoren haben in letzter Stunde vor dem Erscheinen der Januar-„Internationale" eine weitere Preisherabsetzung ermöglicht. Das Einzelheft kann von Nr. 1 ab jetzt mit 20 Pfennig verkauft werden. Zusammen mit der jetzt überall entfalteten ideologischen Offensive zum Ausrotten von Fehlern und Schwächen auf theoretischem Gebiet wird diese Preisherabsetzung eine weitere Massenverbreitung der „Internationale" ermöglichen. Wir bitten erneut, überall den Vertriebsapparat zu überprüfen, alle schwachen Punkte sofort zu beseitigen. Die durch Preisherabsetzung erhoffte erneute Verdoppelung der Auflage muß jetzt in jedem Bezirk erreicht werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0009

LLL-Kundgebung in Naumburg

Die Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung in Naumburg findet am Freitag, dem 15. Januar, im „Ratskeller" statt. Eintrittskarten im Vorverkauf sind bei allen Funktionären zu haben. Werktätige von Naumburg, gestaltet die Kundgebung zu einem Massenbekenntnis für den revolutionären Ausweg aus der Krise.

Weißenfels-Zeitz

Einheitskomitee der Erwerbslosen gebildet

A.-K. Klein-Corbetha. Am 23. Dezember 1931 fand in Klein-Corbetha eine Erwerbslosenversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand „Winterhilfe für die Erwerbslosen". Nach einem kurzen Referat setzte eine rege Diskussion ein. Die Erwerbslosen betonten immer wieder für die Forderungen zu kämpfen. Nachdem die Diskussion zu Ende war, wurde ein Einheitskomitee geschaffen. Hier zeigte sich, wer die Interessen der Erwerbslosen vertritt. Die anwesenden Nazis lehnten es ab, als sie vorgeschlagen wurden für das Einheitskomitee. Am Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

In der heute, am 23. Dezember 1931, im Gasthof Hen stattfindenden Erwerbslosenversammlung nehmen die Erwerbslosen von Klein-Corbetha mit Entrüstung davon Kenntnis, wie das ganze Gemeindeparlament, außer dem Vertreter Reinicke, alle Anträge der Erwerbslosen, fast ohne jede Debatte, glatt ablehnten. Die Erwerbslosen protestieren aufs schärfste gegen die erwerbslosenfeindliche Haltung des Gemeindeparlaments. Sie sind keinesfalls gegen Pachtermäßigung, aber sie fordern einmütig, daß auch für sie eine Winterhilfe bewilligt wird, ohne Unterschied ob Wohlfahrts- oder Hauptunterstützungsempfänger. Weiter wird in der heutigen Versammlung festgestellt, daß die Gemeindeverwaltung alles versucht, um die Erwerbslosenbewegung auseinander zu schlagen. Die Erwerbslosen von Klein-Corbetha antworten hierauf einmütig, daß sie sich nicht bekämpfen werden, sie wissen, daß nur der geschlossene Kampf zum Siege führen kann, aber sie werden das erwerbslosenfeindliche Gemeindeparlament vor aller Oeffentlichkeit brandmarken und gegen dasselbe den schärfsten Kampf für ihre Forderungen führen. Weiter fordern die Erwerbslosen, daß ihre Anträge, welche vom Erwerbslosenausschuß eingereicht werden, sofort zur Verhandlung kommen. Wir werden nicht zurückweichen, sondern den Kampf in geschlossener Einheit unter Führung des Einheitskomitees der Erwerbslosen bis zum Siege führen.

Das Einheitskomitee der Erwerbslosen für Arbeit und Brot Klein-Corbetha

Herr Kipping antwortet

A.-K. Zeitz. Herr Kipping hat im Witzboten so geantwortet, wie wir es erwartet hatten. Bei der ersten Frage ist ein Druckfehler unterlaufen. Es mußte heißen: Berta Jartzke. Kipping hat im August 1928 in der Armenkommission gegen die Erstattung der Doktorkosten von 138 Mark gestimmt und hat dies auch dem Schwiegersohn der Frau Jartzke gegenüber, namens Streicher, Wendische Straße 14, bestätigt.

Zur Frage 2, betr. den Invaliden Richard Rabenauer, liegt die Sache so: Im März 1929 stellte er den Antrag auf Niederschlagung der Rückerstattung seiner Armenunterstützung. Da haben Kipping und Frau Peitsch in der Armenkommissionssitzung erklärt, Rabenauer verdiene mit Rostbratwürsten so viel, daß er di eUnterstützung zurückzahlen könne.

Zu Frage 3 beruft sich Kipping auf andere 34 Stadtverordnete. Wir bemerken dazu, daß die Tribünenbesucher, besonders die Rentner, ihr Augenmerk sehr genau auf Kipping gerichtet haben, der in der Oeffentlichkeit große Phrasen drischt und seine ganze Person für die Rentner einsetzen will, in Wirklichkeit aber das genaue Gegenteil tut. Schon von 1926 können wir Kipping nachweisen, daß er bei der Etatberatung gegen den Antrag für die Kriegsbeschädigten gestimmt hat, und so alle Jahre. Im Jahre 1929 hat er für einen Antrag des JB gesprochen und bei der Abstimmung dagegen gestimmt. So vertritt Kipping die Interessen der Rentner.

Das ist bei Sozialdemokraten nicht weiter verwunderlich. Der Freidenker Paul Franken stimmt im Landtag für das Konkordat; der Vorsitzende des Zentralverbandes der Invaliden, August Karsten, ist Vorsitzender eines Versicherungsamts und nimmt den Invaliden die Rente.

Darum, alle Rentner, kehrt der Organisation des Zentralverbandes, der Brüning unterstützt, den Rücken und tretet ein in den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Theißen. Dunkle Nächte. In der Nacht vom 3. zum 4. Januar haben Einbrecher im Uhrengeschäft von Rudoni die Schaufensterscheibe und deren Schutzgitter eingeschlagen. Eine annehmbare Beute soll wohl der Erfolg gewesen sein. Ob dieser Schaden durch Versicherung gedeckt ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Delitzsch-Torgau

Kirchenaustritte als Folge der Winterhilfe

A.-K. Rehfeld. Die Anträge des Erwerbslosenausschusses auf Winterhilfe und ebenso die Einzelanträge von Erwerbslosen waren abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß Frau Pastor Riegelmann eine freiwillige Sammlung vornehmen wollte.

Diese Sammlung wurde durchgeführt. Sie kam aber nicht in Rehfeld zur Verteilung, sondern die gesammelten Lebensmittel wurden nach Berlin geschickt, weil sich dort die Tochter der Frau Pastor einen Namen machen wollte. Daraufhin unterschrieben 18 Einwohner folgende Erklärung:

„Als Dank für die gesammelte Winterhilfe seitens des Herrn Pfarrer in der Gemeinde Rehfeld, welche jedoch nicht den Armen der Gemeinde Rehfeld zugute gekommen ist, sondern als Mittel zum Zweck, um seiner Tochter einen Namen zu machen, nach Berlin wandern mußte, so erklären sich die gesamten werktätigen Einwohner von Rehfeld durch ihre Unterschrift von ihrem Hirten als verlassen und vollziehen gleichzeitig, als Dank dafür, als irrende Herde ihren Kirchenaustritt." (Es folgen 18 Unterschriften.)

Rampitz. Ein Vater rettet sein Kind. Am Sonnabend spielten Kinder auf dem Dorfteich in Rampitz, als plötzlich das drei Jahre alte Kind Richter mit seinem Schlitten in ein Loch fuhr, das ein Teichpächter aufgehackt hatte, um Luft für die Fische zu schaffen. Der Vater des Kindes wurde durch das Geschrei der übrigen Kinder aufmerksam. Er sprang durch das Fenster und zog sich dabei eine erhebliche Beinverletzung zu. Trotzdem schleppte er sich bis an die Unglücksstelle und konnte sein Kind vor dem sicheren Tode retten.

Zwei Renegaten verschwinden

A.-K. Weißenfels. Unglaublicher Unsinn wird in der Neujahrsnummer des „Konsumboten", den die Verwaltung des Konsumvereins Weißenfels-Naumburg herausgibt, verzapft. Was hier auf der ersten Seite geschrieben wird, bedeutet eine glatte Verhöhnung der Mitglieder. Wenn man natürlich die Unterschrift liest: „Die Verwaltung", wird einem alles klar. Also die Verwaltung schreibt:

„Die Aermsten der Armen sind es, die die Kosten einer falschen Wirtschaftspolitik bezahlen ... Gegenüber diesem Chaos stehen die Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher, die Konsumvereine, stark und mächtig, allen Stürmen trotzend, haben sie sich bisher behauptet."

Gut gebrüllt, Löwe! Gewiß sind es die Aermsten der Armen, die die falsche Politik bezahlen; aber sind es nicht die reformistischen Genossenschaftsführer, Weißenfels nicht ausgeschlossen, die diese Politik mitmachen und fördern? Hat man jemals gelesen, daß die Hamburger Bürokraten sich gegen Steuern und Zölle wehrten? Im Gegenteil, sie sind mit den sozialdemokratischen Führern, die für diese Steuern und Zölle stimmten, einverstanden. Gerade die Weißenfelser Verwaltung hat alle Mitglieder, die gegen diese Politik opponierten, samt und sonders ausgeschlossen. Sie hat sich damit direkt als Helfershelfer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik erwiesen.

Weiter schreibt die Verwaltung (lies Meißner):

„Mit dem 31. Januar scheiden die Genossen Plöttner und Meißner, welche als Geschäftsführer und Sekretär an verantwortlicher Stelle in unserem Verein wirkten, aus unserer Mitte, um auf anderen Posten in der deutschen Konsumvereinsbewegung weiter zu wirken. Stets haben sie in selbstloser, aufopfernder Weise im Interesse unseres Vereins gewirkt und in dem Streit der Meinungen in vorderster Linie gestanden. Nicht zum wenigsten ist es ihrer Arbeit mit zu verdanken, daß unser Verein heute gesund und gekräftigt dasteht und vor einem Schicksal, wie dem des Konsumvereins Halle, bewahrt wurde. Darum sei ihnen an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen."

Man weiß wirklich nicht, ob dies als Ironie oder Provokation aufzufassen ist. Man erinnert sich, daß Meißner und Sau... (als Vorsitzender des Aufsichtsrats) mit noch einigen gekauften Elementen nachts um 1 Uhr mit dem Konsumauto die der Sportvereinigung 1893 gehörigen Fahrräder wegholten, die später Plöttner in Verwahrung nahm. Damals sind aus Verärgerung Mitglieder mit 1500 bis 2000 Mark Umsatz aus der Genossenschaft ausgetreten, weil sie mit einer solchen korrupten Gesellschaft nichts mehr zu tun haben wollten. Die Sportvereinigung 1893, eine Organisation von 400 Mitgliedern, bei der die Voraussetzung bestand, durch den Nachwuchs die Konsumgenossenschaft zu stärken, wurde mit einem Schlage vernichtet. Das ist Geschäftsschädigung und wenn die Verwaltung einigermaßen konsequent gewesen wäre, hätte sie die oben Genannten ausschließen müssen. Heute wird darüber gejammert, daß die Ausgetretenen ihren Bedarf bei der Konkurrenz decken, was wir selbstverständlich auch nicht gutheißen. Aber sie sind doch schließlich durch die unlauteren Machinationen der Verwaltung dazu veranlaßt worden. Und solchen Elementen wie Meißner und Plöttner soll die Mitgliedschaft noch den Dank aussprechen.

Daß der Weißenfelser Konsumverein vor dem Zusammenbruch bewahrt blieb, ist nur der Besonnenheit unserer Parteigenossen zu verdanken. Es wäre ein leichtes gewesen, hier in Weißenfels auf Grund der geschilderten Vorgänge einen Käuferstreik in Szene zu setzen, wie er in Halle von Schaumburg und Genossen proklamiert wurde.

Daß auch die GEG-Konsumvereine nicht außerhalb der kapitalistischen Wirtschaft stehen, sondern genau so von deren Zusammenbruch betroffen werden, zeigt in neuester Zeit Breslau und eine große Zahl anderer reformistischer Genossenschaften, besonders in Sachsen.

Die Konsumvereine können nur als Kampforganisationen durch die Mobilisierung der breitesten Massen bestehen bleiben und ihre wichtige Aufgabe an der Klassenfront erfüllen. Das ist nur möglich im schärfsten Kampf gegen die GEG-Bürokratie.

Oeffentliche Versammlung

am Montag, dem 11. Januar, 20 Uhr, im „Schützenhaus", Zeitz. Referent:

Walter Oettinghaus

Thema: „Rote Einheit siegt." Der Genosse Heinz Schmidt spricht über: „Mein Weg zur KPD." Die gesamte Bevölkerung ist eingeladen. KPD.-Zeitz.

Katastrophale Notlage der Siedlungsbewohner der Großgemeinde Bad Dürrenberg

Abgebaute Leuna-Arbeiter und -Angestellte werden rücksichtslos aus ihren Wohnungen hinausgeworfen, wenn sie die Miete nicht mehr bezahlen können

Aus Mieterkreisen der Großgemeinde Bad Dürrenberg, eine Siedlungsgesellschaft, an welcher das Leunawerk und die Kreisbehörden finanziell beteiligt sind, geht uns folgendes Schreiben zu:

Bad Dürrenberg, den 4. Januar 1932.

An die
Redaktion des „Klassenkampf",
Halle an der Saale.

Betrifft leere Neubauwohnungen in der Großgemeinde Bad Dürrenberg.

Wenn nicht alle verantwortlichen Stellen sofort energisch andere Wege suchen, so wird es mit den leeren Wohnungen immer schlechter. Seinerzeit hatten wir Leuna-Hand- und Kopfarbeiter 48- und 56-Stunden-Schicht — Arbeiterstundenlohn 92 Pfennig plus Zulagen. Wir baten seinerzeit um Zuweisung einer Wohnung von monatlich 30 RM. Miete und mußten durch die Abteilung Wohnungswesen (Helfer) nach hier ziehen zu einem Mietpreis von 42 bis 60 und mehr RM. Inzwischen traten Erhöhungen ein auf 52 bis 80 RM. und mehr. Heute haben wir jedoch nur noch 40-Stunden-Schicht, Stundenlohn 62 Pfennig und keine Zulagen.

Da die Mieten zur Zeit nicht gesenkt sind, ziehen die noch etwas Bemittelten fort, da die Wohnungen der Gagfa Merseburg sich billiger stellen.

Die unschuldig in Not geratenen Abgebauten, Ausgesteuerten fallen dem Wohlfahrtsamt zur Last. Diese Stelle wird wohl kaum in der Lage sein, in Zukunft der Situation noch Herr werden zu können. Kein Wunder, wenn der Herr Obergerichtsvollzieher K. die rückständigen Mietpfennige einzieht. Ist es nötig, in dieser ernsten Zeit, am Heiligen Abend und gar am Silvestertag die Siedlung durch sein Erscheinen in Aufregung zu versetzen? Noch ist es nicht zu spät zu retten, was noch möglich ist. Die Werksbaugesellschaft der Pensionskasse läßt heute lieber Fremde einziehen oder Möbel unterstellen, als den abgebauten Arbeitern und Angestellten des Leunawerkes einen Nachlaß auf die Mieten zu gewähren. Für 35 bis 40 RM. würden zirka 90 Prozent hier geblieben sein oder in Zukunft noch hier wohnen bleiben, zum Wohle der Baugesellschaften und der Geschäftsleute.

Im Interesse aller wäre es daher dringend erwünscht, wenn die Presse diesen Notruf der Oeffentlichkeit aufklärend unterbreiten würde. Die betreffenden Stellen (Betriebs- und Angestelltenrat, der Pensionskasse vom Leuna-Werk), alle hiesigen Baugesellschaften und Behörden (Kreis würden unserer Ansicht nach Stellung nehmen. — Von einem Erfolg der vierten Notverordnung hat man hier noch nichts gespürt.

Für Ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit danken Ihnen im voraus alle abgebauten, ausgesteuerten Siedlungsbewohner der Großgemeinde Bad Dürrenberg.

Diese Zuschrift ist eine treffende Darstellung des katastrophalen Niederganges der Neubau- und Siedlungsgesellschaften. Der Fall Großgemeinde Bad Dürrenberg gewinnt jedoch eine besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß das Leunawerk (Werksbaugesellschaft der Pensionskasse) den entlassenen Leunaarbeitern und -angestellten, deren Lohn sich bedeutend verschlechtert hat, nicht einen Pfennig Mietnachlaß gewährt. Lohnabbau und Massenentlassungen am laufenden Band, aber die Wuchermieten bleiben bestehen. Diese Einstellung entspricht vollkommen der Politik der arbeiterfeindlichen und profitgierigen Leunakönige. Arbeiter, die sich jahrelang im Leunawerk abgerackert haben und heute mit einem Hundelohn nach Hause gehen müssen oder rücksichtslos auf die Straße geworfen wurden, werden kaltblütig aus ihren Wohnungen hinausgeworfen, weil sie die hohen Mieten nicht mehr bezahlen können. Es ist deshalb nur zu begreiflich, wenn die Exmittierungen in dieser Großsiedlung Bad Dürrenberg sich häufen und die Zahl der leerstehenden Wohnungen immer größer wird.

Die Zuschrift zeigt aber auch, daß die verzweifelten Mieter noch nicht klar erkannt haben, welchen Weg sie gehen müssen, um eine wirksame Mietherabsetzung zu erreichen und mit der Zwangseintreibung der Mieten sowie mit den Exmittierungen Schluß zu machen. Ein Appell an die zum größten Teil bankrotten Neubaugesellschaften oder gar an die Behörden ist nicht das Mittel, um die Wünsche und Forderungen der Mieter durchzudrücken. Die Mieter der Großgemeinde Bad Dürrenberg müssen vielmehr schnellstens dazu übergehen, zu ihren eigenen Angelegenheiten (Wohn- und Mieterfragen) selbst Stellung zu nehmen und selbst Entschlüsse zu fassen. Sie müssen die Frage der Mietsenkung zu einer Kampffrage machen.

Bitterfeld-Wittenberg

Und nochmals das Stadtgut

A.-K. Bitterfeld. Heute müssen wir uns noch einmal mit dem vielbesprochenen Stadtgut beschäftigen, und zwar wollen wir die Frage der Verpachtung beleuchten. Die Frage wurde in der letzten Stadtverordnetensitzung behandelt. Der Magistrat machte zweierlei Vorschläge. Die kommunistische Fraktion forderte, daß die beiden Güter weiter in der Regie der Stadt behalten werden, und zwar unter Einsetzung eines Fachmannes. Ferner verlangte die kommunistische Fraktion die sofortige Absetzung des Inspektors Gieseler ohne jegliche Pension und die Neubesetzung der Gutskommission durch kleine Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter. Die kommunistischen Forderungen, die allein in der Lage waren, eine Besserung herbeizuführen, wurden von allen Fraktionen abgelehnt. Auch Herr Bartholomäus, der Sprecher des „Dritten Reiches", fand kein Wort zur Unterstützung der kommunistischen Vorschläge. Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenmehrheit wird das Stadtgut zerteilt. Da dieser Beschluß den Interessen der Werktätigen von Bitterfeld widerspricht, wird die kommunistische Stadtverordnetenfraktion demnächst eine öffentliche Einwohnerversammlung veranstalten und eingehend Bericht erstatten.

Berichtigung

Weißenfels. Zu der Notiz in Nr. 247: „SPD.-Stadtverordneter als Denunziant" erklärt Herr Karl Kaiser, Weißenfels:

Unwahr ist, daß ich „einen Anhänger der roten Wandersparte, der das rote N als Abzeichen trug, bei der Polizei anzeigte". Wahr ist, daß ich von dieser ganzen Angelegenheit nichts weiß. Ich habe weder den genannten Anhänger der roten Wandersparte noch irgendeinen anderen bei der Polizei angezeigt. Nie habe ich mit einem Polizeibeamten über das Tragen von Abzeichen gesprochen.

„Die Jugend ist vor Verwahrlosung zu schützen!"

(Jugendkorrespondenz)

So steht es in der Reichsverfassung. Wie es in Wirklichkeit aussieht zeigt folgendes:

Ein Jungarbeiter schreibt: Bin seit einiger Zeit ausgesteuert und erhalte seit dieser Zeit Wohlfahrtsunterstützung, die ich bis jetzt in der Höhe von 14 Mark und 2 Mark Winterbeihilfe alle 14 Tage erhalten habe. Seitdem ich nun mit meinem Bruder zusammen wohne, sind mir 2.70 Mark abgezogen worden. Also erhalte ich jetzt nur noch 14tägig 14.30 Mark. Was ich mit dem Gelde mache, will ich einmal aufzeigen:

Miete für 2 Wochen 8 Mark, Mittagbrot für 12 Tage 3.60 Mark, Ausgaben für Brot und Margarine 1.70 Mark, zusammen 13.30 Mark.

Zu diesen Ausgaben muß ich noch folgendes bemerken: Viele meiner Kollegen müssen die Woche 5—6 Mark Miete bezahlen. Also wohne ich verhältnismäßig billig. Das übrige Geld reicht gerade eine und eine halbe Woche. Die letzten Tage warte ich mit hungrigem Magen auf das Geld. Seife, Schuhkreme usw. kann ich mir nicht kaufen, so daß ich in zerlumptem und dreckigem Zustande immer umherlaufen muß.

Einen Fall will ich noch erzählen, der zeigt, wie man mit Jungarbeitern auf dem Jugendamt umgeht.

Da meine Schuhe vollständig kaputt waren und ich keine anderen hatte, stellte ich einen Antrag wegen ein Paar Schuhe. Die Bezirksjugendtante, die nichts von Not kennt, sagte: „Sie werden erst in 4 Wochen unterstützt, also können Sie noch keine Schuhe erhalten."

Ich setzte mich deshalb mit Druck dahinter, weil ich bei der Witterung nicht barfuß laufen konnte. Mit größter Mühe erhielt ich dann ein Paar, und zwar erhielt ein Paar von der Nothilfe. Es wird nicht lange dauern, dann werden auch diese Schuhe kaputt sein, dann werde ich abermals die Frage stellen: Entweder barfuß laufen oder ein Paar Schuhe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019320108-13/fragment/page=0010